

MfS 5178
ZAI6

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsorgans
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
- Zentralarchiv -

Kopie BSTU
AR 3

BStU
000030

Hinweise

für das Arbeitsgespräch beim Vorsitzenden des
KfS, Gen. Armeegeneral Tschebrikow

1. 4. 1985

NAME
200000

BStU
000031

Handwritten notes and a table with columns for dates and names. The text is mostly illegible due to blurriness.

H I N W E I S E

für das Arbeitsgespräch beim Vorsitzenden
des KfS, Genossen Armeegeneral TSCHEBRIKOW
- 1. April 1985 -

Handwritten notes and a table with columns for dates and names, continuing from the top section.

Berlin, März 1985

BStU
000032

Übersicht über Ermittlungsverfahren des MfS im Jahre 1983, 1984
und Januar/Februar 1985

	1983	1984	Jan./Febr. 1985
EV insgesamt	2 313	3 462	280

Verbrechen gegen die Menschlichkeit	-	2	-

Spionage	22	29	2
Landesverräterische Nachrichtenübermittlung	121	40	6
Landesverräterische Agententätigkeit	216	65	5
Landesverräterische Agententätigkeit i. V. mit § 213 StGB	39	34	3
staatsfeindl. Menschenhandel/Menschenhandel	24	22	-
staatsfeindliche Hetze	14	9	-
Terror	2	1	-

ungesetzlicher Grenzübertritt	969	963	76
öffentliche Herabwürdigung	151	306	39
Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftl. Tätigkeit	320	772	57
ungesetzliche Verbindungsaufnahme	47	730	28
sonstige Straftaten gegen die staatl. und öffentl. Ordnung (z. B. Rowdytum, Wider- stand gegen staatl. Maßnahmen, Zusammen- schluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele)	64	158	15

Straftaten gegen das soz. Eigentum	48	40	8
Straftaten gegen die Volkswirtschaft	11	9	1
unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz	36	48	8
Militärstraftaten	36	34	4
Zoll- und Devisenstraftaten	17	38	3

sonstige Straftaten	176	162	25

davon Angriffe gegen die Staatsgrenze von BRD und Westberlin aus (Eindringer)	17	19	2

BStU
000033

Unter den festgenommenen Personen befinden sich folgende Ausländer:

	1983	1984	Jan./Febr. 1985
Westberliner	23	28	2
BRD-Bürger	29	42	3
Bürger anderer nichtsozialistischer Staaten	8	8	-
Bürger der VR Polen	35	27	2
Bürger anderer sozialistischer Staaten	26	30	4

BSU

000034

2

Teurer Genosse Viktor Michailowitsch TSCHEBRIKOW!

Ich bedanke mich für die uns gegebene Möglichkeit, heute wieder über einige Probleme und Erfahrungen sprechen zu können.

Als erstes nochmals herzliche Kampfesgrüße des Generalsekretärs, Gen. Erich Honecker, des Gen. Egon Krenz u. a. bekannter Genossen der Partei- und Staatsführung übermitteln. Kampfesgrüße aller Tschekisten der DDR.

Unsere Partei- und Staatsführung, die Kommunisten der DDR unterstützen voll die auf dem Außerordentlichen Plenum des ZK der KPdSU durch den Generalsekretär, Gen. Michail Gorbatschow, getroffene Einschätzung und gegebene Orientierung. Wir sind fest davon überzeugt, daß die unter aktiver Mitwirkung von Juri Andropow und Konstantin Tschernenko ausgearbeitete strategische Linie unter Führung des Gen. Gorbatschow mit Entschlossenheit und Schöpferkraft verwirklicht wird.

Wir sind entschlossen, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um unseren Beitrag dazu zu leisten (dem Vermächtnis von Juri Andropow und Konstantin Tschernenko gerecht zu werden).

UJSS
020035

BStU
030035

In unseren ausführlichen Gesprächen im Mai vorigen Jahres haben wir die ganze breite Palette der die Einschätzung der Lage kennzeichnenden Probleme behandelt, ebenso die sich daraus für unseren gemeinsamen Kampf ergebenden Konsequenzen und Aufgaben.

Da wir in unseren Auffassungen übereinstimmen und alles, worüber wir uns verständigt haben, auch weiterhin voll gültig ist, geht es mir heute - gewissermaßen in Fortsetzung unserer Beratungen vom Mai 1984 - nur um einige ausgewählte Probleme.

Zur Lage in der DDR

Was die Lage in der DDR betrifft, gibt es den vorjährigen Darlegungen nichts grundsätzlich Neues hinzuzufügen. Die Lage ist durch hohe politische Stabilität, durch das enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Bevölkerung, durch eine Vielzahl großer Taten zur Stärkung der DDR und damit auch der sozialistischen Staatengemeinschaft gekennzeichnet.

Davon zeugt vor allem, daß 1984 ein weiteres erfolgreiches Jahr der Durchsetzung der Wirtschaftspolitik der Partei war. So wurden 1984 im Vergleich zu 1983 - um nur einige Hauptergebnisse zu nennen - folgende Steigerungsraten erreicht:

- Das Nationaleinkommen stieg um 5,5 %. Damit wurde der bisher höchste Zuwachs in Höhe von 11,7 Milliarden Mark erreicht.
- Die industrielle Warenproduktion erhöhte sich um 4,2 %.
- Erreicht wurde eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft insgesamt um 5 %.
- Rund 207 000 Wohnungen wurden neugebaut bzw. modernisiert.
- Bei Getreide wurde mit 11,5 Mio t eine Rekordernte erzielt. Der durchschnittliche Ertrag je ha betrug rund 45 dt.
- Der Außenhandelsumsatz der DDR stieg insgesamt um 8 %, darunter der mit der UdSSR um 10 %.

Durch Anspannung aller Kräfte wurde in der Winterperiode 1984/85 die Energiesituation im wesentlichen beherrscht und eine stabile Versorgung gewährleistet. Kurzzeitig eingetretene Komplikationen - überwiegend auf subjektives Fehlverhalten zurückzuführen - führten zu keiner ernststen Gefahrensituation.

Auf Grund des hohen Anteils der Braunkohle am Primärenergieaufkommen der DDR (72 %) sind für uns verschärfte Winterbedingungen besonders problematisch.

Durch schnellen Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte, darunter 7.800 Angehörige der NVA, VP und des MfS (über 1.100), konnte trotz außergewöhnlicher Bedingungen für unsere Verhältnisse - stabile Kohleförderung, Energieversorgung und Verkehrsabwicklung gesichert werden. Einsatz Angehöriger der bewaffneten Organe zeugte von hohem Vertrauensverhältnis der Werktätigen zu den bewaffneten Organen, festigte Verbundenheit, erbrachte hohe ökonomische Ergebnisse.

Zur Beherrschung der Situation, vor allem zur Gewährleistung der Produktion, mußten dennoch erhebliche Mengen Brennstoffe aus der Staatsreserve eingesetzt und auch zusätzliche Importe aus dem NSW in einer Größenordnung von rund 600 Mio Valutamark getätigt werden. Neben den damit verbundenen Problemen gibt es in der DDR auch noch andere Probleme - wie im vorigen Jahr schon dargelegt: Unsere Rohstoffsituation insgesamt, von Braunkohle abgesehen, damit verbundene Abhängigkeiten, auch noch bestimmte Probleme der Zahlungsbilanz.

Entscheidend ist jedoch: Trotz einiger Erschwernisse wurden mit der Planerfüllung 1984 und dem Planstart 1985 gute Bedingungen geschaffen, um die Etappenziele auf dem Weg zum XI. Parteitag erfolgreich zu realisieren.

Auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei und mit der Rede des Generalsekretärs, Genossen Erich Honecker, vor den 1. Kreissekretären, zuletzt auch auf dem Seminar des ZK mit den Generaldirektoren der Kombinate wurden die Schwerpunkte deutlich.

Ergebnisse des Seminars zeugen von der großen ideologischen und organisatorischen Arbeit der Partei zur weiteren ökonomischen Stärkung des Sozialismus. Verpflichtung an den Generalsekretär beinhaltet für 1985 u. a.,

- zusätzliche Arbeitsleistungen von 3 Tagen zu erzielen, davon bis zum 40. Jahrestag des Sieges und der Befreiung 1 Tag,
- die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie (7,1 %) um 1 % zu überbieten,
- schnellere Erhöhung Qualität der Export- und Konsumgüterproduktion zu erreichen.

Insgesamt ist einzuschätzen, daß die Arbeit nach dem Kombinati-Prinzip auf dem Weg zur umfassenden Intensivierung zu bedeutenden Fortschritten geführt, wesentlich zu der kontinuierlichen Leistungssteigerung und den beachtlichen ökonomischen Ergebnissen beigetragen hat.

(Gen. Gorbatschow hat Interesse für Arbeit der Kombinate bekundet.)

Daß in unserer Republik die Aufgaben auf ökonomischem Gebiet - wie auch auf allen anderen Gebieten - von festen Positionen aus und mit großem Optimismus in Vorbereitung auf den XI. Parteitag in Angriff genommen konnten, ist vor allem auch ein großes Verdienst der Sowjetunion -

von der großen welthistorischen Befreiungstat vor 40 Jahren,
über die unserem Staat und Volk gewährte ständige große Hilfe und Unterstützung,
bis zum immer engeren Zusammenrücken unserer Parteien, Staaten und Völker.

Ich nenne hier nur

das Programm der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion bis zum Jahre 2000 (eine wahrhaft historische Dimension!)

und

die auch für 1985 geplante weitere Steigerung des Außenhandels mit der UdSSR um fast 7 % und die damit verbundene Sicherung des Bezuges von Rohstoffen, Energieträgern, Ausrüstungen in Größenordnungen, die für unsere Entwicklung entscheidend, lebenswichtig sind.

BStU

000040

8

Selbst diese kurzen Hinweise legen beredtes Zeugnis davon ab, wie sich unsere Zusammenarbeit entwickelt, Welch hohen Stand sie erreicht hat.

Ich darf, teurer Genosse Viktor Michailowitsch, diese Gelegenheit benutzen, Ihnen - und über Sie der gesamten Partei- und Staatsführung - dafür noch einmal ganz herzlich danken.

Unser Dank gilt dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR, seinem Vorsitzenden, dem Kollektiv der sowjetischen Tsche-kisten in der DDR und seinem Leiter, Genossen Tschumilow, für die allseitige Unterstützung des Kampfes der Tsche-kisten der DDR zum Schutz des Sozialismus, zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit unserer Republik, für unsere immer enger werdende Zusammenarbeit.

Gestützt auf unser enges Kampfbündnis werden wir unseren Beitrag in der internationalen Klassenauseinandersetzung zuverlässig erfüllen, werden wir uns auch künftig als Kampf- abteilung der Tcheka bewähren.

Ich darf nun auf einige ausgewählte aktuelle Probleme, die mir für die Lageeinschätzung und unser Vorgehen wichtig erscheinen, zu sprechen kommen.

Zur Politik gegenüber der BRD

Die DDR vertritt in ihrer Politik gegenüber der BRD und anderen imperialistischen Staaten fest und konsequent die gemeinsam festgelegten Positionen der sozialistischen Staatengemeinschaft und unterstützt umfassend die Initiativen und Vorschläge der UdSSR, des Warschauer Vertrages zur Sicherung des Friedens und zur Lösung anderer wichtiger internationaler Probleme.

Angesichts der Verschärfung der internationalen Lage gehen wir in unserer Politik gegenüber der BRD davon aus, daß beide deutsche Staaten - an der Trennlinie von Sozialismus und Imperialismus - eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und die Beseitigung der Kriegsgefahr tragen.

In den Beziehungen zur BRD bleibt es oberster Grundsatz, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Die Lösung dieser Aufgabe ist schwer, da die BRD innerhalb der NATO zu den hartnäckigsten Verfechtern des amerikanischen Hochrüstungs- und Konfrontationskurses gehört und ihr Territorium in eine Abschlußrampe für neue USA-Kernwaffen verwandelt wird (Hauptstationierungsland).

Wir gehen davon aus, daß in den wichtigsten Fragen des Kampfes des Imperialismus gegen den Sozialismus eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den USA und der BRD besteht. Diese Übereinstimmung in der antisozialistischen Strategie auf politischem, ideologischem, ökonomischem und militärischem Gebiet prägt in entscheidendem Maße die Politik der BRD gegenüber den sozialistischen Staaten, darunter der DDR. Das Vorgehen der BRD gegen die DDR ist fest in die gesamtimperialistische Strategie eingeordnet.

Das findet seinen konkreten Ausdruck auch in der mehr oder weniger offenen, jedoch ständigen Bekräftigung der revanchistischen Grundpositionen der Regierung der BRD. Das ist fest eingeordnet und steht in Übereinstimmung mit den Angriffen der aggressivsten Kreise der USA und anderer NATO-Staaten gegen die Beschlüsse von Jalta und Potsdam. Dazu gehört auch die ständige Wiederholung der These, daß die deutsche Frage noch offen sei.

Auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen stellte Genosse Erich Honecker, auf die BRD eingehend, fest: "Ihr ständiges Bemühen, das eigene militärische Gewicht in der NATO, in der Westeuropäischen Union zu vergrößern, ihre illusionären Vorstellungen vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, wozu außer der DDR auch Gebiete

Volkspolens, der CSSR und der UdSSR gehören, machen unser Bestreben, entsprechend dem Grundlagenvertrag gutnachbarliche Verhältnisse zwischen der DDR und der BRD herzustellen, nahezu unmöglich."

Wir gehen stets davon aus, daß es sich besonders bei der Grenzfrage um eine Frage von Krieg oder Frieden handelt. Bekanntlich wurde in der gemeinsamen Mitteilung über das Treffen des Genossen Erich Honecker mit Kohl am 12. 3. 1985 in Moskau festgestellt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind.

Das sind unseres Erachtens wichtige Feststellungen, die im weiteren Kampf gegen den Revanchismus, gegen die reaktionärsten Kräfte in der BRD und gegen alle gegen die europäischen Grenzen gerichteten Aktivitäten genutzt werden müssen.

Natürlich wird eine solche Erklärung Kohls nicht überbewertet. Er gehört in erster Linie selbst mit zu den Kräften, die, besonders gegenüber der DDR, die revanchistischen Positionen vertreten. Wir haben keine Illusionen über die Lage in der BRD und die Politik ihrer Regierung.

In der BRD hat der Einfluß der Konfrontationspolitiker, der rechten, offen revanchistischen Kräfte wie Dregger, Lintner, Abelein, Jäger, Huyn, Hupka, Windelen, Reddemann und anderer CDU/CSU-Kreise insgesamt wesentlich zugenommen. In engster Anlehnung an die aggressivsten, reaktionärsten Kreise der USA haben sie - unter dem Schirm der in der BRD stationierten USA-Mittelstreckenraketen - ihre politischen Aktivitäten bedeutend verstärkt. Ihre politische Stärke und ihr Einfluß auf die Regierungspolitik sind, wie wir einschätzen, gewachsen.

Es muß erwartet werden, daß diese rechtskonservativen Kreise der CDU/CSU und der Revanchistenverbände auch weiterhin versuchen werden, bestimmte Initiativen der Regierung bzw. einzelner Regierungsmitglieder (z. B. Genscher) in Richtung einer erneuten Belebung politischer und ökonomischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten sowie einer gewissen politischen Verständigung zu behindern bzw. zu verhindern sowie die Positionen erneut zu verhärten.

Wir sehen aber auch, daß es selbst in den Regierungsparteien zu bedeutenden internationalen Problemen, z. B. zum Ost-West-Verhältnis, bestimmte unterschiedliche Auffassungen gibt.

Das betrifft u. a. die weitere Gestaltung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, das Verhältnis zu den Ost-West-Verträgen, die weitere Entwicklung der ökonomischen Beziehungen. Es gibt auch Unterschiede in der Haltung zur USA-Sternenkriegskonzeption und zu den Gefahren, die sich aus der vollständigen Unterordnung der BRD unter den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs der USA ergeben, auch wenn das in der Öffentlichkeit nicht immer so sichtbar wird. Wir sind der Meinung, daß das in der Politik und in unserer operativen Arbeit entsprechende Berücksichtigung finden muß.

Wir betrachten es deshalb als eine wichtige Aufgabe der politisch-operativen Arbeit, die unterschiedlichen Auffassungen und Positionen von Vertretern der Regierungsparteien allseitig aufzuklären und zu analysieren, um sie in der weiteren Arbeit gegenüber der BRD politisch und operativ entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten nutzen zu können. Die Ergebnisse dieser Analyse sollten nach unserer Überzeugung zu einem gemeinsamen Programm politischer und operativer Maßnahmen führen.

Prinzipiell stellt die DDR in ihrer Politik gegenüber der BRD die politischen Grundforderungen in den Mittelpunkt, wie sie Genosse Erich Honecker in seiner bekannten Rede in Gera gestellt hatte.

Auch wenn diese Grundforderungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, wie sie dem Völkerrecht entsprechen, aus den bekannten revanchistischen Motiven heraus noch immer und zum Teil verstärkt abgelehnt werden, setzen wir im übergeordneten Interesse der Friedenssicherung Kontakte und Gespräche mit Vertretern der BRD-Regierung u. a. politischen Kräften der BRD fort. Wir halten es nicht für zweckmäßig, die Gespräche abreißen zu lassen.

Wir werden die Regierung der BRD auch nicht aus der Verantwortung entlassen, die sie mit dem Grundlagenvertrag, den anderen Vereinbarungen und Abkommen sowie mit Verträgen mit den anderen sozialistischen Staaten übernommen hat. Das bedeutet für uns, für die Arbeit des MfS, größte Anstrengungen und harte Auseinandersetzung. Die Mehrzahl aller operativen Probleme ist aufs engste damit verbunden.

Durch Genossen Erich Honecker wurde im Gespräch mit Kohl in Moskau erneut bekräftigt, daß sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nur auf der Basis des Grundlagenvertrages und der völkerrechtlichen Prinzipien vollziehen kann.

Das heißt: Seitens der DDR wird darauf gedrängt, daß der Grundlagenvertrag eingehalten wird (genau so, wie die anderen sozialistischen Staaten die Einhaltung der mit der BRD abgeschlossenen Verträge verlangen).

Wie andere sozialistische Staaten versucht auch die DDR weiterhin, auf bestimmten Teilgebieten der bilateralen Beziehungen im Interesse der friedlichen Koexistenz Ergebnisse zu erzielen, Fortschritte zu erreichen, wenn sie unseren Interessen entsprechen. Auch wenn dies äußerst schwierig ist, vor allem, weil die BRD nicht zur Lösung der Grundfragen bereit ist, gehen wir doch davon aus, daß diese Bemühungen fortgesetzt werden müssen.

So werden Kontakte, Gespräche und Verhandlungen auf ökonomischem Gebiet weitergeführt. Es werden auch die Verhandlungen zu weiteren, noch offenen Problemen, z. B. zur Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Technik, Rechtshilfe, fortgesetzt.

Als Ministerium für Staatssicherheit sehen wir eine entscheidende Aufgabe darin, mit unseren Mitteln und Möglichkeiten einen maximalen Beitrag zur Unterstützung dieser Politik der Partei- und Staatsführung zu leisten.

Frage:

Schätzen die sowjetischen Genossen die Probleme der Politik gegenüber den imperialistischen Staaten, darunter der BRD, ebenso ein?

(In den Beratungen des Gen. Fischer mit Gen. Gromyko wurde festgestellt, daß es aufgrund der politischen Bedingungen seitens der UdSSR zur Zeit für nicht zweckmäßig erachtet wird, nach Möglichkeiten für die Unterzeichnung seit Jahren vorliegender Verträge der UdSSR mit der BRD zu suchen - betrifft demnach Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über Rechtshilfe.

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß die DDR die Verhandlungen zum Abschluß noch ausstehender Verträge fortsetzt. Die Verhandlungen zum Kulturabkommen sind soweit gediehen, daß nach Klärung einiger noch strittiger, komplizierter Probleme demnach eine Übereinkunft und damit eine Unterzeichnung möglich erscheint.

Auf den anderen genannten Gebieten gibt es - verursacht durch die politisch destruktive Haltung der BRD - seit längerem keine Fortschritte.

Für mich erhebt sich nun die Frage, wie soll es selbst auf solchen Gebieten weitergehen, auf denen nach langwierigen Auseinandersetzungen vertragliche Grundlagen für die Gestaltung der Beziehungen geschaffen werden können?)

Fragen:

Gibt es Vorstellungen, wie es auf solchen und auch anderen Gebieten in der Politik gegenüber der BRD weitergehen soll?

Ist in der nächsten Zeit - eventuell auch auf anderen Gebieten - mit konkreten Schritten der UdSSR gegenüber der BRD zu rechnen?

Ergeben sich eventuell aus dem Verlauf der Verhandlungen in Genf bestimmte Schlußfolgerungen, die im weiteren Vorgehen gegenüber der BRD beachtet werden müßten?

Welche Erfordernisse sehen die sowjetischen Genossen, um mit politisch-operativen Mitteln den Differenzierungsprozeß in den Bonner Regierungsparteien zu fördern und zu nutzen?

Zu feindlichen Bestrebungen der ideologischen Zersetzung
und ihre Bekämpfung

Unsere Einschätzung vom Mai vorigen Jahres über die mit der ideologischen Diversion, der breitgefächerten Zersetzungsversuche verfolgten gegnerischen Ziele und Absichten und dabei in Rechnung zu stellende taktische Varianten sowie Mittel und Methoden hat sich als richtig erwiesen. Das trifft auch - darin bestand ebenfalls Übereinstimmung - auf die sich daraus für alle Bruderorgane ergebenden Erfordernisse zu ihrer Bekämpfung zu.

Dazu gibt es meinerseits nur einige ergänzende, aus aktuellen Erfordernissen resultierende Gesichtspunkte.

In wenigen Wochen begehen wir den 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes. Wir begehen dieses welthistorische Ereignis als einen Festtag der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Wir werden auch alles tun, um jegliche gegnerische Pläne und Aktivitäten zur Störung dieses Feiertages und seiner würdigen Vorbereitung im Keime zu ersticken.

Es ist ja bekanntlich nicht zufällig, daß z. B. die zahlreichen gegnerischen Rundfunk- und Fernsehsender seit Wochen diesen Tag zum Anlaß nehmen für die Forcierung einer großangelegten antisowjetischen und antikommunistischen Propagandakampagne.

Als Schwerpunkte - jetzt nur konzentriert, zusammengefaßt - kristallisieren sich dabei heraus:

1. die Entstellung und Verfälschung der geschichtlichen Tatsachen, die Herabwürdigung der Befreiungstat der Sowjetunion, das Schüren von Zweifeln an den im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen politischen und territorialen Realitäten;
2. massierte Angriffe auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, vor allem Suggestierung angeblicher Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten;
3. Diffamierung der Rolle und Bedeutung dieses 40. Jahrestages speziell für die DDR, verbunden damit, unserer Partei "Geschichtsklitterung und politisch-propagandistischen Mißbrauch" zu unterstellen, und
4. die auf vielfältige Art und Weise erfolgende Verunglimpfung der Masseninitiativen der Bevölkerung der DDR in Vorbereitung auf diesen 40. Jahrestag.

Ich kann auch sagen, daß die politisch-operative Sicherung der "Tage der sowjetischen Kultur" in der DDR im Mai dieses Jahres gewährleistet ist.

BSU
000051a

Kontinuierlich weitergeführt werden auch die gemeinsamen bzw. abgestimmten Maßnahmen - ich will nur daran erinnern, ohne jetzt auf Einzelheiten einzugehen -

- zur politisch-operativen Sicherung der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau entsprechend den Festlegungen der Beratung der Bruderorgane vom 8. bis 11. Januar dieses Jahres auf der Ebene der Stellvertreter der Minister; entsprechend einem Wunsch des KfS hat das MfS inzwischen 41 500 Teilnehmerlisten (zur Beantragung der Ein- und Ausreise von Delegierten, Gästen usw.) und 35 000 Teilnehmerhefte vorbereitet, gedruckt und der V. Verwaltung des KfS übergeben.

BStU
000052

19

Bis jetzt gibt es keine nennenswerten Auswirkungen dieser gegnerischen Kampagne, aber wir bleiben natürlich auf der Hut.

Offensive vorbeugende Maßnahmen sind breit gefächert und reichen bis zur systematischen Einflußnahme im Sinne der Aktivierung progressiver kirchlicher Kreise. Das ist auch ein Aspekt unserer Zusammenarbeit.

Weiter die Maßnahmen

- zur Bekämpfung der subversiven Tätigkeit des Vatikans entsprechend den auf der multilateralen Beratung vom Juli vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen;
- zur Bekämpfung der Schleusungen klerikaler Literatur in die UdSSR sowie
- zur Vorbereitung der Allchristlichen Friedensversammlung der "Christlichen Friedenskonferenz" im Juli 1985 in Prag

u. a. m.

In Anknüpfung an meine Ausführungen vom Vorjahr über verstärkte Versuche feindlicher Kräfte von außen und im Innern, unter der Flagge des Kampfes für Frieden und des Umweltschutzes eine größere Wirksamkeit zu erreichen, möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf folgendes lenken:

BStU

000054

Diese Kräfte forcieren seit Ende 1984 eine Kampagne in Form einer Vielzahl von Erklärungen, sogen. offenen Briefen, Positionspapieren und anderen Pamphleten, um eine starke, z. T. sogar die Grenzen überschreitende innere Opposition vorzutäuschen und - wie sie annehmen - Voraussetzungen für ein legales Wirken solcher Kräfte in unseren Ländern zu schaffen.

Außerdem wird im Rahmen sogen. blockübergreifender Aktionen verstärkt orientiert auf sogen. Partnerschaften zwischen Städten bzw. gesellschaftlichen Einrichtungen. Der Stoß ist gegen unsere Verteidigungsmaßnahmen gerichtet.

Hinzu kommt, daß angebliche Friedens- und Rüstungsgegner der BRD und anderer Länder verstärkt auf den zweigleisigen Dialog orientieren; d. h. auf offizielle Gespräche und Kontakte mit Partei - und staatlichen Organen, gesellschaftlichen Organisationen usw. und gleichzeitig - dadurch abgedeckt - auf enges Zusammenwirken mit Kräften, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken.

Seitens des MfS sind und werden auch Maßnahmen eingeleitet, um erkannte Vorhaben zum Zusammenschluß antisozialistischer Kräfte über Ländergrenzen hinweg im engen Zusammenwirken mit dem jeweiligen Bruderorgan konsequent zu bekämpfen. Das betrifft insbesondere Bestrebungen von DDR-Bürgern, die unter der Flagge der staatlich unabhängigen Friedensbewegung operieren, zum Zusammengehen mit feindlichen Kräften der "Charta 77" der CSSR und sogen. unabhängigen Friedenskämpfern und angeblichen Umweltschützern in der Ungarischen VR.

In der letzten Zeit entwickelten sich besonders einige Kräfte der "Grünen" in der BRD und der "Alternativen Liste" in Westberlin immer stärker zu einem antisozialistischen Zentrum, von dem subversive Aktivitäten gegen die DDR und andere sozialistische Staaten ausgehen. Eine besonders aktive Rolle spielt dabei Petra Kelly (vermutlich Agentin der CIA). Die Art des Vorgehens deutet darauf hin, daß westliche Geheimdienste dahinterstehen (aber noch keine schlüssigen Beweise).

Wesentliche Aktivitäten:

- Zusammenwirken mit aus sozialistischen Staaten ausgewiesenen Staatsfeinden sowie negativen Kräften der westeuropäischen Friedensbewegung (Beratung über weitere sogenannte blockübergreifende Maßnahmen),
- Zusammenarbeit mit oppositionellen Kräften in der CSSR und Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit in der DDR (u. a., um sie zur Annahme gemeinsamer Erklärungen, Aufrufe, offener Briefe zu veranlassen),
- Bestrebungen, in der DDR vorhandene oppositionelle Kräfte unter dem Schirm der "Grünen" organisatorisch zusammenzufassen,

- Durchführung konspirativer Treffen in der Hauptstadt der DDR mit Kräften, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken.

Beratungsthemen:

- . Möglichkeiten eines engeren Zusammenwirkens äußerer und innerer feindlicher Kräfte, Austausch von sogen. Positionspapieren,
- . Ausbau eines Kommunikationsnetzes unter Einbeziehung oppositioneller Kräfte aus anderen sozialistischen Ländern,
- . Austausch von Erfahrungen zur Verstärkung der Arbeit in und mit sogen. Basisgruppen in der DDR,
- . Einladung zur Teilnahme an bestimmten Aktionen in der BRD (z. B. zu einem Forum Anfang Mai 1985 in Bonn oder Westberlin anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung, das unter der Regie der "Grünen" stattfinden soll).

Zu Übersiedlungsbestrebungen von DDR-Bürgern nach dem
nichtsozialistischen Ausland

Ich hatte im Mai vorigen Jahres ausführlich über die Übersiedlungsbestrebungen von DDR-Bürgern gesprochen und deutlich gemacht, wie sehr uns diese Probleme beschäftigen. Obwohl einer erheblichen Anzahl von Unverbesserlichen, von Feinden und kriminellen Elementen die Genehmigung zur Übersiedlung erteilt wurde, sind wir mit diesen Problemen nach wie vor stark konfrontiert.

Trotz vielfältiger Maßnahmen und beträchtlicher gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen gelingt es dem Gegner z. T. immer noch, seinen "Argumenten" zugängliche Personen zu manipulieren. Bekanntlich hatten wir besonders im IV. Quartal des vergangenen Jahres mit einer erheblichen Zahl von Bürgern der DDR zu tun, die sich in diplomatischen Vertretungen der BRD in einigen sozialistischen Ländern festsetzten, vor allem in der Botschaft in Prag, teilweise bis zu 3 Monaten, um ihre Übersiedlung zu erzwingen. Durch die breite Propägierung dieser sogen. Botschaftsfälle erreichte der Gegner eine Art Sogwirkung, jedoch auf Grund der konsequenten Haltung unseres Staates - Zusicherung von Straffreiheit für den Aufenthalt in Botschaften, aber keine Zusicherung ihrer Übersiedlung, sondern normale übliche Bearbeitung ihrer Ersuchen - nicht mit den erwarteten weitergehenden Auswirkungen.

Seitdem kam es auch zu bedeutend weniger Straftaten im Zusammenhang mit Übersiedlungsbestrebungen; manche nehmen jetzt eine abwartende Haltung ein.

Die Zahl der Personen, die um Übersiedlung ersuchen, ist nach wie vor eine politisch und operativ zu beachtende Größe (seit 1. Januar vorigen Jahres rund 60 000 einschl. Kinder). Bei ca. $\frac{1}{3}$ davon (19 500) haben wir bisher eine Rücknahme der Übersiedlungersuchen erreicht.

Es nimmt auch die Zahl derjenigen ehemaligen DDR-Bürger zu, die wieder in die DDR zurückwollen und sich deshalb an unsere staatlichen Organe wenden. Unsere Presse hat Anfang März ausführlich darüber berichtet, daß über 20 000 ehemalige DDR-Bürger Wunsch nach Rückkehr geäußert haben. Diese Kampagne hat bedeutende internationale und nationale Reaktion ausgelöst. Es bestätigt sich: Die illusionären Vorstellungen dieser Leute haben sich nicht erfüllt; ihnen fehlt die soziale Geborgenheit. Aber wir bleiben bei unserer Linie, und das wird von unseren Menschen voll verstanden und nachdrücklich gefordert, grundsätzlich wird ihnen die Rückkehr nicht gestattet. In Ausnahmefällen (~~1984 wurde 49 Personen die Rückkehr gestattet.~~) wird genau geprüft, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Selbstverständlich sind Provokateure, Kriminelle und Leute, die aus egoistischen Motiven die Seiten wechseln, von jeglichen Prüfungshandlungen ausgenommen.

Ich habe diese Probleme der Übersiedlungsbestrebungen noch einmal angeführt, weil wir damit noch eine geraume Zeit konfrontiert sein dürften.

Aufklärung schwerer Gewaltverbrechen unter Nutzung der
Transitstrecken zwischen der BRD und Westberlin

Nur zur Illustration, mit welchen Vorkommnissen, Erscheinungen wir u. a. bei der Sicherung der Transitstrecken und des Transitverkehrs zwischen der BRD und Westberlin (760 km Transitstraße) konfrontiert werden:

Am 24. 11. 1984 wurde an der Transitstrecke Drewitz - Marienborn, zerstückelt und in verschiedenen Behältnissen verpackt, eine unbekannte männliche Leiche aufgefunden. Da auch in der Vergangenheit schon wiederholt Gewaltverbrechen unter Nutzung des Transitverkehrs, u. a. im Zusammenhang mit Menschenschleusungen, begangen wurden, erfolgte von Anfang an eine zielgerichtete Bearbeitung durch das MfS. Durch umfangreiche politisch-operative Maßnahmen, kriminalistische Kleinarbeit, zielgerichtete Analyse des Reiseverkehrs im möglichen Tatzeitraum (betraf ca. 50 000 Personen) und davon ausgehenden Ermittlungen wurde der begründete Verdacht erarbeitet, daß es sich bei dem Ermordeten um einen in Westberlin lebenden sogen. Exil-Afghanen und bei den Mördern um seine Ehefrau (polnische Staatsbürgerin mit Wohnsitz in Westberlin) und einen mit ihr liierten weiteren Exil-Afghanen handelt.

Im Interesse der weiteren Aufklärung/Oberführung der Täter wurden umfangreiche Beweisdokumente an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht in Westberlin übergeben. Damit wurde zugleich das Ziel verfolgt, die Westberliner Behörden zu veranlassen, gegen Personen, die den vom Transitabkommen erfaßten Transitverkehr zu Verbrechen mißbrauchen, vorzugehen. Hat politische Bedeutung, da nicht wenig Versuche, Mißbrauch des Transitabkommens, auf Boden der DDR begangene Rechtsverletzungen durch Bürger der BRD und Westberliner zu ignorieren, zu bagatellisieren, in bestimmtem Umfange sogar Vorschub zu leisten. (Veröffentlichungen in den westlichen Medien belegen eindeutig die Richtigkeit des Vorgehens.)

Zwischenzeitlich wurden durch die Westberliner Justizorgane die Täter inhaftiert und haben die Tat gestanden, wobei die von uns erarbeiteten Beweismaterialien wesentliche Grundlage für ihre Überführung waren.

Mit diesem einen Beispiel soll mit verdeutlicht werden, mit welchen Problemen wir neben den vielen anderen, die bereits Gegenstand der Gespräche waren, auch konfrontiert werden.

Und alles das bei

23,2 Mio Transitreisenden zwischen der BRD und
Westberlin im Jahre 1984,

190 000 Mißbrauchshandlungen und weiteren Ver-
letzungen des Transitabkommens - darunter

. 12 000 Fälle der Verbreitung/Übergabe/Übernahme
von Materialien,

. 68 000 Verstöße gegen Zollvorschriften der DDR -

und vielen weiteren Mißbrauchshandlungen und Ver-
letzungen des Transitabkommens.

Zur Bekämpfung der imperialistischen Geheimdienste,
besonders Abwehr der Militärspionage

Unser im Mai vorigen Jahres abgestimmtes und weiter präziertes Vorgehen hat sich bewährt. In der gemeinsamen Vereinbarung zwischen der II. Hauptverwaltung des KfS und der Hauptabteilung II des MfS für den Zeitraum 1984 bis 1986 waren beide Seiten übereingekommen, daß auf Grund der Verschärfung der internationalen Lage eine weitere Konzentration der Kräfte und Mittel unserer beiden Organe erforderlich ist und der Austausch von Erfahrungen zu Problemen der Abwehrarbeit noch zielstrebig weitergeführt wird.

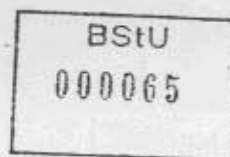
Dabei verdienen auch solche Probleme unsere Aufmerksamkeit wie - um nur zwei zu nennen -:

- Es ist festzustellen, daß der internationale Schmuggel und Spekulantentätigkeit durch in der UdSSR aufhältige Diplomaten aus kapitalistischen und Entwicklungsländern zunimmt. Es erscheint angebracht, durch gemeinsame operative Maßnahmen diese kriminellen Handlungen unter Kontrolle zu bringen und kompromittierendes Material mit der Zielstellung zu erarbeiten, Werbungen unter diesem Personenkreis zu realisieren.

- Ehemalige Bürger der UdSSR, die im Operationsgebiet übersiedeln, besonders nach der BRD bzw. nach Westberlin, stehen - nach unseren Erkenntnissen - zunehmend im Blickfeld imperialistischer Geheimdienste. Sie gehen davon aus, daß diese Personen Aktivitäten zum Auf- bzw. Ausbau eines stabilen Verbindungssystems zu ehemaligen Bürgern der UdSSR, die in der DDR wohnhaft sind, bzw. zu Bürgern in der UdSSR entwickeln, welches nachrichtendienstlich genutzt werden soll. Deshalb erscheint es notwendig, durch gemeinsame bzw. abgestimmte Maßnahmen unserer beiden Organe zur Kontrolle und Bearbeitung solcher Personen und ihrer Verbindungskanäle günstige Voraussetzungen für das Eindringen in imperialistische Geheimdienste zu schaffen.

Im Mittelpunkt unserer Abwehrarbeit steht selbstverständlich auch weiterhin vor allem die vorbeugende Sicherung der militärischen Gegenmaßnahmen als Antwort auf die Stationierung amerikanischer nuklearer Erstschlagwaffen in Westeuropa. Hier konnten bedeutende Ergebnisse erzielt werden

- beim Aufbau komplexer Sicherungssysteme in den Stationierungsräumen,
- bei der Abwehr der Aufklärungstätigkeit der drei westlichen MVM,



- bei der rechtzeitigen Verhinderung des Abflusses geheimzuhaltender militärischer Informationen über technische Kanäle.

Welche Bedeutung die Vervollkommnung unserer Arbeit und unserer Zusammenarbeit gerade auf diesem letztgenannten Gebiet hat, findet wohl in Ihrem Schreiben vom 10. März 1985 zur Einschätzung der dazu von uns übergebenen Dokumente seinen überzeugendsten Ausdruck.

Zur Zeit wird auch eine Arbeitsvereinbarung zwischen der Verwaltung der Sonderabteilungen des KfS bei der GSSD und der Hauptabteilung II des MfS beraten. Ich denke, daß ist ein weiterer wichtiger Schritt, um operative Potenzen unserer Organe noch einheitlicher gegen den Feind einzusetzen, die komplexe Sicherung der auf dem Territorium der DDR stationierten operativ-taktischen Raketenkomplexe erfolgreich weiterzuführen.

Im Rahmen dieser Aufgabenstellung muß ich auch auf die kontinuierliche enge Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung I des MfS und der III. Hauptverwaltung des KfS hinweisen. Der Perspektivplan ihrer Zusammenarbeit bis 1987 hat sich bewährt.

Von der III. Hauptverwaltung des KfS uns übergebene Berichte/
Informationen über

- Aktivitäten gegnerischer Geheimdienste gegen die Streitkräfte der UdSSR und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (Mai 1984) und
- "taktische Verfahren und Methoden der agenturischen Tätigkeit von Angehörigen der Botschaftsresidenten der CIA in Moskau" (Dezember 1984)

erwiesen sich für die Arbeit der Militärabwehr als sehr wertvoll.

Mir liegt gegenwärtig der vom KfS der UdSSR erarbeitete Entwurf

"Protokoll über das Zusammenwirken des KfS der UdSSR und des MfS der DDR auf der Linie der Militärabwehr in Kriegszeiten"

vor.

Ich stimme diesem Entwurf unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung auf Aufgaben, die im Falle der Abwehr einer imperialistischen Aggression zu realisieren wären, grundsätzlich zu. Die Unterzeichnung könnte während des Besuches einer Delegation der III. Hauptverwaltung des KfS in der DDR im Mai diesen Jahres erfolgen.

Bei der Realisierung dieser Aufgabenstellung müßte jedoch beachtet werden, daß - bezogen auf die Hauptaufgaben in Friedenszeiten - nicht alle der im Protokoll enthaltenen Festlegungen durch die Militärabwehr des MfS, also die Hauptabteilung I, wahrgenommen bzw. realisiert werden können.

Für bestimmte im Protokoll enthaltene Aufgaben bzw. Teilaufgaben gibt es bei uns - und nach unseren Erkenntnissen offenkundig auch im KfS - andere Hauptverantwortlichkeiten.

Ich nenne hier nur die Aufgaben zur Konkretisierung von Objekten der Geheimdienste des Gegners in einer Zone möglicher Kampfhandlungen (Ziffer 2).

Für diese Aufgaben sind im MfS die Aufklärung und die Spionageabwehr (Hauptabteilung II) hauptverantwortlich. Der Informationsaustausch zu diesen Fragen mit dem KfS sollte auch zukünftig bei diesen Linien bleiben, die damit natürlich auch die volle Verantwortung dafür tragen, daß solche Grundlagen bei Notwendigkeit für die Militärabwehr zur Verfügung stehen.

Wir erachten es deshalb für notwendig und zweckmäßig, von den gegebenen Verantwortlichkeiten und den damit verbundenen operativen Möglichkeiten ausgehend die Realisierung der Aufgabenstellungen dieses Protokolls zu organisieren. Das sollte im Zusammenwirken entsprechende Beachtung finden.

(Hinweis zu einem Vorkommnis mit sowjetischer Militärabwehr:

Festnahme der DDR-Bürgerin [REDACTED] [REDACTED] - Antifaschistin, von Faschisten inhaftiert, Emigration und Internierung in England, aktive Genossin - am 1. 10. 1984 auf Flugplatz in New York (bei Antritt der Rückreise) durch Verrat eines durch sowjetische Militärabwehr in Potsdam geworbenen und durch einen Mitarbeiter in Mexiko City geführten USA-Doppelagenten.

Verräter hatte auf Treffs in USA bestanden; dazu wurde durch sowjetische Militärabwehr die [REDACTED], zu der seit längerer Zeit aktive Verbindungen bestanden und die über familiäre und freundschaftliche Beziehungen zu progressiven Bürgern der USA, u. a. Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA, verfügt, eingesetzt.

Bei Festnahme war die [REDACTED] im Besitz aller möglichen Beweismittel.)

Zusammenarbeit zur Sicherung der Volkswirtschaften und
der sozialistischen ökonomischen Integration

Ein wesentliches Anliegen unserer Beratungen vom Mai vorigen Jahres, weitergeführt durch Arbeitsberatungen auf Linie im vergangenen November, ist bekanntlich realisiert mit der Unterzeichnung

- des langfristigen "Planes der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der HA XVIII des MfS und der VI. Verwaltung des KfS für den Zeitraum 1985 bis 1990" sowie
- der "Aufstellung über Objekte und Personen des gemeinsamen Interesses, auf die wir uns in der Zusammenarbeit konzentrieren.

Dabei bewährt sich der schwerpunktorientierte beiderseitige Einsatz der Kräfte und Mittel auf den Gebieten

- spezielle Produktion - Landesverteidigung,
- Wissenschaft und Technik,
- Energie- und Rohstoffkomplex,
- Außenhandelsbeziehungen,
- Lebensmittelkomplex.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand konzentrieren sich die imperialistischen Geheimdienste - besonders der USA, der BRD und Großbritanniens - auf das Ausspionieren der ökonomischen Potentiale der RGW-Länder, wobei dem Stand und den Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern besondere Bedeutung beigemessen wird.

Als Schwerpunkte - zugleich mit dem Ziel des Ausspionierens von Ansatzpunkten für gezielte Maßnahmen des Gegners - sind zu erkennen:

- Rohstoffversorgung - Erdöl/Erdgas,
- Aufschließung neuer Ressourcen,
- Zahlungsbilanz und Kreditbeziehungen,
- Entwicklung von Schlüsseltechnologien/Abkommen Wissenschaft und Technik bis zum Jahre 2000.

Aus unserer Sicht können Bestrebungen einer zunehmenden Arbeitsteilung zwischen dem BND und dem US-Geheimdienst bestätigt werden:

- BND in Richtung DDR und den deutschsprachigem Raum als Operationsbasis,
- US-Geheimdienst mit Konzentration auf die UdSSR.

Ihnen geht es dabei vor allem um das Erkennen von "Gegensätzen und Reibungspunkten" bei der Realisierung gemeinsamer Zielstellungen unserer Länder.

Erkennbar ist, daß generell der Bereich Mikroelektronik/Datenverarbeitung und speziell ihre Anwendung in der Landesverteidigung eine Schlüsselstellung gezielter Spionageaktivitäten einnehmen, bis hin zu Details der Entwicklung und des Einsatzes von Baugruppen/Bauelementen.

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu volkswirtschaftlich bedeutsamen Objekten und Prozessen, die in der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten von besonderem sicherheitspolitischen Interesse sind.

Zum Komplex "Präzision" (Forschung, Entwicklung, Produktion für Verteidigung)

Seitens der DDR werden bedeutende Anstrengungen unternommen, um die vereinbarten Aufgaben und Verpflichtungen zu erfüllen. Von MfS wurden umfangreiche Maßnahmen eingeleitet, um eine zuverlässige Sicherung dieser Vorhaben, aller daran mitwirkenden Einrichtungen, Betriebe und Werk tätigen zu gewährleisten.

Während der letzten Arbeitsberatung zwischen unseren beiden zuständigen Linien wurde bereits auf einige Probleme bei der Realisierung dieser Verteidigungsvorhaben hingewiesen. Es erfolgten dazu auch Konsultationen mit dem Generaldirektor des Kombinates "Carl Zeiss" Jena.

In Vorbereitung dieser Beratung habe ich Informationen zu Problemen bei der Realisierung des

Raketenwaffenkomplexes mit kleiner Schiffsabwehr-
rakete (152) (Anlage 1) und

Waffenleitkomplex "Bastion" für den Panzer T - 55 A
(Anlage 2)

übergeben.

Bitte an das KfS.wiederholen, auf die zuständigen Organe der UdSSR entsprechenden Einfluß zu nehmen, um die in der zweiseitigen Zusammenarbeit vorhandenen Probleme möglichst kurzfristig zu überwinden und erforderliche Bedingungen für die Realisierung der Vorhaben zu schaffen.

Frage an Gen. Tschebrikow, ob angesichts der Kürze der Zeit seit der Übergabe dieser Informationen bereits bestimmte Antworten möglich sind.

Wenn nicht, wären wir an baldiger, möglichst positiver Beantwortung interessiert.

Zum Komplex "Digitale Vermittlungstechnik"

Für den Einsatz in der Militärtechnik ist festzustellen, daß seitens der DDR durch operativ beschaffte Informationen Voraussetzungen zu ihrer Entwicklung auf der Basis eines Systems des amerikanischen Konzerns ITT geschaffen wurden. Die bisher an das KfS zu dieser Thematik übergebenen Unterlagen erhielten von sowjetischer Seite eine hohe Wertschätzung; nach übereinstimmender Einschätzung der Fachexperten handelt es sich dabei um ein System, das den Anforderungen der Zukunft am besten entspricht.

Das Hauptanwendungsgebiet liege bei der Entwicklung automatischer Führungssysteme (Redut 28).

Bezogen auf weitere bedeutsame Vorhaben der Zusammenarbeit erscheint mir noch folgendes hervorhebenswert:

- Die DDR wird am RGW-Vorhaben Bergbau- und Aufbereitungskombinat Kriwoj Rog in der Hauptphase des Aufbaus mit ca. 5000 bis 6000 Arbeitskräften beteiligt sein. Da hier auf engem Raum Arbeitskräfte mehrerer RGW-Länder und auch eine größere Zahl von Arbeitskräften aus NSW-Ländern zum Einsatz kommen werden, sollte neben dem bereits vereinbarten Einsatz von operativen Mitarbeitern erwogen werden, eine Abstimmung/Konsultation zwischen den Sicherheitsorganen der beteiligten RGW-Staaten herbeizuführen, vor allem im Interesse eines weitgehend einheitlichen Vorgehens und eines effektiven Zusammenwirkens.

BStU
000075

41

Eventuell wäre eine solche Abstimmung und Konsultation auch bezogen auf solche bedeutsamen Vorhaben wie Erdgasleitung Jamburg - Westgrenze UdSSR, Objekte der Gasindustrie der UdSSR zweckmäßig, um zwischen den beteiligten Sicherheitsorganen das erforderliche Zusammenwirken zu organisieren, soweit als möglich ein gemeinsames sicherheitspolitisches und operatives Vorgehen, eine hohe Sicherheit, Ordnung und Disziplin zu gewährleisten.

Auf die Sicherung anderer Projekte in unserer Zusammenarbeit auf dem Gebiet Wissenschaft und Technik einzugehen, halte ich nicht für notwendig. Die Zusammenarbeit verläuft planmäßig. Ich will als Stichworte nur die Projekte nennen: Optischer Sterngeber (OOS), "Iris" (optische Bildanalyse), VEGA (Venus-Halley-Sonden).

Berlin, 22. März 1985

BSU

000076

Streng geheim!

(Übergabe an Vertretung des KfS
in der DDR am 25. 3. 1985)

Raketenwaffenkomplex mit kleiner Schiffsabwehrrakete (152)

Grundlage bildet das Regierungsabkommen vom 29. 4. 1981 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des militärischen Schiffbaus für den Zeitraum 1981 bis 1990. Im Regierungsabkommen ist dieser Komplex als gemeinsame Entwicklung unter Leitung der UdSSR vereinbart sowie die Gewährung technischer Hilfe durch die UdSSR fixiert (Artikel 2 und 3 der Anlage des Abkommens). Als Partner wurde von sowjetischer Seite das Ministerium für Flugzeugindustrie benannt. Von der UdSSR wurden entsprechende wissenschaftlich-technische Aufgabenstellungen sowie technische Parameter zum Zielsuchkopf übergeben.

Die Bestandteile des Komplexes

- Transport- und Startcontainer (VEB Peenewerft Wolgast)
- digitaler Bordrechner (Lizenzproduktion im VEB Kombinat Robotron)

verlaufen planmäßig.

Die Entwicklung des optoelektronischen Zielsuchkopfes für die Schiffsabwehrrakete erfordert aufgrund der Spezifik grundsätzlich neue Basistechnologien in den Bereichen der Optoelektronik, Infrarot- und Lasertechnik, die in der DDR bisher nicht zur Verfügung stehen.

Mit dem Beschluß des Politbüros vom 24. 5. 1983 zur Profilierung des Kombines Carl Zeiss Jena ist die Entwicklung dieser Basistechnologien in die Pläne bis 1990 eingeordnet als Voraussetzung für die Realisierung des Abkommens durch die DDR. Gegenwärtig werden im Kombinat Carl Zeiss Jena, in der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie ausgewählten Universitäten und Hochschulen der DDR Probleme der Grundlagenforschung bearbeitet, um in Betrieben des Kombines Mikroelektronik in neu zu errichtenden Kapazitäten nach 1991 diese Ergebnisse produktionswirksam zu machen.

Die Kompliziertheit der Aufgabenstellung, fehlende Erfahrungen und noch nicht vorhandene technisch-technologische Voraussetzungen in der DDR erfordern deshalb unabdingbar die enge Zusammenarbeit mit der UdSSR.

Zur Präzisierung der Zusammenarbeit fand im Januar 1984 eine Beratung zwischen dem Stellvertreter des Ministers für Flugzeugindustrie der UdSSR, Gen. Iljin, und dem Regierungsbeauftragten der DDR, Gen. Staatssekretär Nendel, statt.

Es wurde festgestellt, daß die von der UdSSR übergebene Aufgabenstellung nicht realisierbar ist und präzisiert werden muß. Die präzisierte Aufgabenstellung wurde zur Beratung zwischen den Genossen Iljin und Nendel im Mai 1984 in Moskau übergeben. Diese Aufgabenstellung enthielt neue technische Parameter, die unter Einbeziehung des Ministeriums für Verteidigungsindustrie der UdSSR weiter untersetzt werden sollten. Bereits zu dieser Beratung wurde sichtbar, daß das Ministerium für Flugzeugindustrie der UdSSR keine technisch-technologische Unterstützung gewähren kann.

In Übereinstimmung mit dem Regierungsabkommen wurde im Juli 1984 zwischen dem Minister für Flugzeugindustrie der UdSSR,

menarbeit mit dem Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR als Erfahrungsträger bei der Entwicklung derartiger Waffensysteme unter Einbeziehung des Ministeriums für Elektronische Industrie (Minister Gen. Schokin) unbedingt erforderlich ist.

BSU
000079

Entgegen der Mitteilung der sowjetischen Seite vom August 1984, wonach der stellvertretende Minister für Verteidigungsindustrie der UdSSR, Gen. Kornitzki, als ständiges Mitglied der Arbeitsgruppe berufen worden sei, erklärte die sowjetische Seite im Dezember, daß eine Mitwirkung in der Arbeitsgruppe nicht erfolgt.

Aus diesem Grund hat der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Gen. Stoph, in einem Brief vom 20. 2. 1985 an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Gen. Tichonow, die Bitte geäußert, prüfen zu lassen, zur allseitigen Lösung der gemeinsamen Aufgabe das Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR für die technische Leitung der Entwicklung des Ziel-suchkopfes festzulegen.

BSU
000080

Anlage 2

Berlin, 22. März 1985

Streng geheim!

(Übergabe an Vertretung des KfS
in der DDR am 25. 3. 1985)

Waffenleitkomplex "Bastion" für den Panzer T-55 A

Grundlage bildet das Regierungsabkommen vom 9. 8. 1984 über die Gewährung technischer Hilfe an die DDR bei der Aufnahme der Produktion des Erzeugnisses "Bastion".

Partner ist das Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR, stellvertretender Minister, Genosse KORNITZKI.

Von seiten der DDR sind beauftragt der Staatssekretär im Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Genosse NENDEL, und der Generaldirektor des Kombines Carl Zeiss Jena, Genosse BIERMANN.

In das Expertengespräch sind u. a. unmittelbar einbezogen Prof. MÜLLER vom VEB Kombinat Carl Zeiss Jena, Genosse ALENITSCHEW vom Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros vom 19. 6. 1984 werden in den Kombinat Carl Zeiss Jena und Spezialtechnik Dresden Vorbereitungen zur Produktionsaufnahme auf der Basis sowjetischer Lizenzen getroffen (Investitionen, Zuführung von Arbeitskräften). Das Regierungsabkommen sieht die Übergabe der Konstruktions- und technologischen Dokumentationen 12 Monate nach Abschluß des Abkommens vor.

Durch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR wurde erreicht, daß erste Teile der Dokumentation vorfristig übergeben wurden. Damit ist die DDR in der Lage, erste Arbeiten zur Umstellung auf DDR-Standards vorzunehmen.

BStU

000081

2

Zur Beschleunigung der begonnenen Arbeiten wäre es wünschenswert, daß weitere Teile der Dokumentation früher, als im Lizenzvertrag vorgesehen, übergeben werden, um die festgelegte Produktionsaufnahme 1988 unbedingt zu sichern und erste Muster 1987 dem sowjetischen Partner zur Prüfung und Erprobung bereitzustellen.

Die DDR geht bei der Oberleitung des Erzeugnisses "Bastion" in die Produktion davon aus, daß wie bisher eine aktive technische Unterstützung durch das Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR erfolgt.

Spezieller Hinweis zu einem zeitweilig im Vereinigten Kernforschungszentrum in Dubna tätig gewesenen wissenschaftlichen Mitarbeiter aus der DDR (OV "Hydra")

Kurz darauf eingehen, zumal Anfragen des Untersuchungsorgans und der VI. Verwaltung des KfS vorliegen.

Es handelt sich um

Dr. 

Physiker, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Kernforschung (ZfK) Rossendorf der Akademie der Wissenschaften der DDR; Arbeitsaufenthalt in Dubna von 1971 bis 1974 und in der Folgezeit eine Reihe kurzfristiger Aufenthalte (letztmalig im September 1984 für 6 Tage).

Er gilt als international bekannter Wissenschaftler auf dem Gebiet der theoretischen Kernphysik. Er war aktiv in die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit des ZfK Rossendorf mit Einrichtungen sozialistischer und kapitalistischer Länder einbezogen.

Er wurde wegen des dringenden Verdachts der Spionage operativ bearbeitet.

BSU

Am 29. 11. 1984 wurde der Vorgang mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft gemäß § 97 (Spionage) abgeschlossen. Zwischenzeitlich hat [REDACTED] gestanden, für den BND Spionage betrieben zu haben.

Nach bisherigen Untersuchungsergebnissen hat er dem BND keine besonders geheimzuhaltenden Fakten über Dubna offenbaren können. Bei seinen dem BND gegebenen "Erläuterungen" zu einzelnen Labors handelt sich nach bisherigen Erkenntnissen mehr um allgemeine Angaben, die Wissenschaftlern des NSW in Dubna auch offiziell mitgeteilt werden. Da er keine Kenntnis über angewandte Forschungen hat, konnte er entsprechende Fragen des BND auch nicht beantworten.

Die Untersuchungen werden weitergeführt, und entsprechende Ergebnisse werden den zuständigen Dienststeinheiten des KfS übergeben.

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen
Aufklärung

Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung weiter verbessert wurde. Der beiderseitige Informationsbedarf wurde konkretisiert und ausgetauscht.

Ich darf mich bei dieser Gelegenheit recht herzlich bedanken für die hohe Wertschätzung, die das von mir im Mai vorigen Jahres Ihnen, lieber Viktor Michailowitsch, übergebene Informationsgeschenk gefunden hat.

Einen besonders herzlichen Dank darf ich sagen

- für das mir im Mai vorigen Jahres übergebene Informationsgeschenk, das durch unsere Industrie eine hohe Wertschätzung erfahren hat - das betrifft die Dokumentation und den Bakterienstamm zur mikrobiologischen Herstellung von L-Lysin, einem wichtigen Futtermittelzusatz, sowie den gesamten Materialkomplex für den VAX-Rechner, mit dem wir in die Lage versetzt werden, auf diesem Gebiet Anschluß an den internationalen Entwicklungsstand zu erreichen (Anlage 1) - sowie
- für die bereitgestellte Dokumentation zur Herstellung von Chromsubstraten - damit wird die DDR in die Lage versetzt,

BStU 45
000085

kurzfristig eine eigene NSW-importunabhängige Technologie für die Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik zu entwickeln (Anlage 2).

Ich bitte darum, auch zu dem im Januar dieses Jahres dem KfS übermittelten Fragenkomplex möglichst bald und möglichst positive Antwort zu erhalten.

Bekanntlich ist die DDR - entsprechend Festlegungen des Warschauer Vertrages - neben den neu übernommenen Aufgaben zur Produktion von Militärtechnik - darauf bin ich schon vorher eingegangen - auch zu Forschungen auf einigen Gebieten der Militärtechnik verpflichtet.

Auf einer bilateralen Beratung mit den sowjetischen Genossen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung im November vorigen Jahres wurde ausführlich darüber gesprochen und unser Informationsbedarf den sowjetischen Genossen übergeben.

Er wird von uns auch ständig konkretisiert.

Auch hier darf ich die Bitte um bestmögliche Unterstützung durch das KfS aussprechen.

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu den bekannten Aktivitäten der USA, die Embargo-Politik gegenüber den sozialistischen Staaten weiter zu verschärfen, die COCOM-Listen zu erweitern, weitere Staaten einzubeziehen, auf diese Linie festzulegen (siehe Japan - Leipziger Frühjahrsmesse, aber selbst Österreich, Schweiz, nordische Länder) und entsprechenden Druck auszuüben sowie bis zu den Geheimdiensten alle Mittel zur Durchsetzung dieser Linie einzusetzen.

Ober die damit verfolgten Ziele, aber auch über die Notwendigkeit, diese Bestrebungen wirksam zu durchkreuzen, besteht zwischen uns volle Übereinstimmung.

Sehen die Notwendigkeit, alle politischen und ökonomischen Verbindungen zu nutzen, gegen die weitere Verschärfung der Embargo-Politik Stellung zu nehmen, vorhandene Widerstände in politischen und Unternehmer-Kreisen zu stärken, durch konkrete Aufträge und Forderungen nach Einhaltung eingegangener Verpflichtungen diesen Kurs zu durchbrechen (Bange mann intern gegenüber Gen. Mittag: BRD spüre zunehmende Beschwerden von Handelspartnern; BRD wolle sich bemühen, Bestimmungen flexibel zu handhaben).

DDR stimmt dem Vorschlag der UdSSR zu, wie er auf der Beratung beim 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der UdSSR, Gen. Masljukow, am 5. 3. 1985 unterbreitet wurde, entsprechende Kommission zu schaffen, um gemeinsam nach Mitteln und Wegen zu suchen, Embargo-Politik der imperialistischen Staaten wirksam zu begegnen, eigenen Potenzen schneller zu erschließen.

Ich stimme auch dem von Gen. Schtscherbak, Leiter der VI. Verwaltung, auf dieser Beratung unterbreiteten Vorschlag zu, soweit dies tatsächlich für unbedingt erforderlich erachtet wird, einen Vertreter des MfS in die Kommission der DDR zu entsenden (vom KfS wurde ein derartiges Ersuchen noch nicht an das MfS gerichtet).

Ein bedeutendes Mittel besteht u. E. auch darin, durch eine weitere Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Aufklärung und schnellste Nutzung deren Ergebnisse - im gemeinsamen Interesse - dazu beizutragen, daß die damit verfolgten Ziele nicht aufgehen.

Die auf diesem Gebiet bereits erzielten Ergebnisse, ich verweise nur auf das vorher Besprochene, unterstreichen das nachdrücklichst; unsere Ergebnisse lassen aber auch sichtbar werden, was wir noch nicht haben, was wir noch dringend brauchen.

Berlin, 27. 3. 1985

Streng geheim!Obersicht überWaffensysteme der NATO-Staaten, deren Einführung eingeleitet wurde
oder die im Perspektivzeitraum erwartet werden kann1. Strategische WaffensystemeUSA

Weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem (SDI - Strategic Defense Initiative)
Forschungsphase, Einsatzbereitschaft von Komponenten nicht vor 1995,
konkrete Lösungsmöglichkeit und Lösungsvarianten noch nicht bestimmt,
wahrscheinlich Kombination von Hochenergielasern und anderen Strahlen-
waffen mit anderen Mitteln, komplexes in Fast-Echtzeitbetrieb arbeitendes
Zielortungs- und Einsatzführungssystem

Antisatellitenwaffen (ASAT - Anti-Satellite)

in Entwicklung, Aufstellung von Versuchskräften im Gange, endgültige Lösung
innerhalb der nächsten 5 - 10 Jahre wahrscheinlich

Landgestützte Interkontinentalrakete PAECEKEEPER (MX)

Aufstellung von 100 Raketen mit durchschnittlich 10 einzeln lenkbaren
Sprengköpfen hoher Treffgenauigkeit (ca. 150 kt Detonationsstärke) je
Raketengefechtstkopf, Produktion angelaufen, Stationierungsbeginn ab 1986
vorerst in vorhandenen Startsilos älterer Raketentypen, endgültige Stationie-
rungsart noch nicht bestimmt

Landgestützte Interkontinentalrakete Midgetman

Entwicklungsphase, mobile "leichte" Rakete mit treffgenauem Einzelgefechts-
kopf, Einführung gegen Ende des Jahrzehnts möglich

Kernkraftgetriebene U-Schiffe der OHIO-Klasse

planmäßiger Weiterbau, ab Baunummer 734 (CONNECTICUT) Ausrüstung mit
24 Raketen TRIDENT II (D 5) mit 14 Sprengköpfen à 150 kt, insgesamt Bau
von 16 Einheiten geplant

Strategischer Bomber B1B

Produktion angelaufen, Gesamtzahl 100, Einsatzbereitschaft der ersten
Staffel 1986, Ausrüstung mit ALCM (Marschflugkörper), Programm zur Er-
zielung von Schwerortbarkeit ("Stealth") soll Wirksamkeit und Überlebens-
fähigkeit erhöhen

Nachrüstung des älteren strategischen Bombers B-52 mit ALCMSLCM (Marschflugkörper)

Ausrüstung verschiedener Klassen von Unter- und Oberwasserschiffen mit
mehr als 4000 Marschflugkörpern (geplanter Produktionsumfang)

Kampfstoffe

Zweikomponentenkampfstoffe (binäre Kampfstoffe) entwickelt, Produktion
beschlossen, Bereitstellung für Einsatz bzw. Laborierung in Artillerie-
munition, Raketen und Bomben von weiteren Entscheidungen des US-Parlaments
abhängig

GroßbritannienCHEVALINE-Programm

Nachrüstung der POLARIS A 3 U-Boot-Raketen mit Mehrfachgefechtsskopf
(6 Sprengköpfe á 150 kt)

FrankreichStrategische U-Boot-Raketen

Modernisierung durch U-Boot-Rakete M4 mit Mehrfachgefechtsskopf
(6 Sprengköpfe á 150 kt)

Landgestützte strategische Interkontinentalraketen

Verbesserungen der Leistungsparameter der Rakete S-3

Kernwaffentragende strategische Kampfflugzeuge

Ausstattung der MIRAGE IV mit weitreichenden Marschflugkörpern

2. Kontinentalstrategische WaffensystemeUSALandgestützte kontinentalstrategische Rakete PERSHING II

bisher 63 Rampen mit 91 Raketen in der BRD stationiert, weitere Verbesserungen hinsichtlich Treffgenauigkeit, Gefechtskopfwirksamkeit (steuerbare Wirkung) und Mehrfachsprengkopf möglich

GLCM (Landgestützte Marschflugkörper)

Aufstellung verläuft lt. Plan, Verbesserungen von Zuverlässigkeit und Genauigkeit des Navigationssystem wahrscheinlich, Entwicklung eines überschallschnellen Marschflugkörpers eingeleitet, Einsatzbereitschaft möglicherweise 90er Jahre

3. Waffensysteme für Land-, Luft- und SeestreitkräfteUSAOp:-taktische Rakete LANCE II

in der Entwicklung, vorgesehen als Nachfolgesystem für LANCE I (nukleares Haupteinsatzmittel der NATO-Armee in Zentraleuropa)

Kernsprengladungen erhöhter Strahlungswirkung (Neutronengeschosse)

entwickelt, Produktion von Komponenten läuft, können jederzeit für Kernverschußmittel bereitgestellt werden

Kampftechnik für die nichtnuklearen Streitkräfte

Komplexe Modernisierung mit Haupttrichtung auf höhere Trefferpräzision, größere Vernichtungswirkung im Ziel und volle Nachtkampffähigkeit, wesentliche Elemente bis Beginn der 90er Jahre wahrscheinlich einsatzbereit, dazu gehören Kampfpanzer M1, Schützenpanzer M2, M3 und LAV, Kampfhubschrauber AH-64, Präzisionsortungs- und Zielbekämpfungssystem PLSS, Mehrfachraketenwerfer MLRS mit Submunition für spezielle Bekämpfungsaufgaben, Fla-Rakete PATRIOT

Luftstreitkräfte

weitere Beschaffung von Hochleistungsflugzeugen F-15, F-16, laufende Modernisierung, Ausrüstung mit neuen Luftkampfmitteln und Mitteln des Funkelektronischen Kampfes (EF-111A), Experimentalentwicklungen (XF-29A) zum Studium neuer Konzeptionen können nach 1990 zur Entwicklung und Einführung neuartiger Luftkampfmittel führen

NATO

Modernisierung der Streitkräfte

aller Mitgliedsländer mit unterschiedlicher Intensität, dabei neben Kauf amerikanischen Materials auch Beschaffung von Eigenentwicklungen, u. a. Kampfpanzer (LEOPARD 2, BRD/CHALLENGER, GB), Artillerie, Panzerabwehrmittel, Kampfflugzeuge (TORNADO, BRD, Italien, GB), Kampfschiffe (Raketenschnellboote, Fregatten, Zerstörer und Flugzeugträger), umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vorrangig in BRD, Großbritannien, Italien und Niederlande sowie ausgewählten Bereichen in Norwegen für neue, ab Beginn der 90er Jahre benötigte Waffen, darunter Kampfpanzer (LEOPARD 3) und neue Kampfwagenfamilie, Kampfflugzeuge (Kampfflugzeug 90), Kampfschiffe (NATO-Fregatte 90), Fla-Raketen (Mittlere Fla-Rakete), Arbeiten auch im Bereich Schützenwaffen, Schutzausrüstungen und allgemeine militärische Ausrüstungen

Koordinierung der Rüstungen

über verschiedene Programme, jüngstes Conceptual Military Framework (Perspektivische Militärische Zusammenarbeit) mit Hauptziel Effektivierung betrieben, höhere Anstrengungen sind zu erwarten

Frankreich

analoge Entwicklung zur NATO, teilweise in Kooperation mit anderen NATO-Staaten, teilweise eigenständig

BSU
000091

ANLAGE 1

STRENG GEHEIM!

Einschätzung des von Genossen Tschebrikow im Mai 1984 dem
MfS übergebenen Informationsgeschenkes

für VAX-Rechner

Der übergebene Materialkomplex "Betriebssystem UNIX-Version Berkely 4.2. für VAX-Rechner" umfaßt das Softwarepaket mit dem kompletten Betriebssystem "UNIX-Version Berkely 4.2." für VAX-Rechner sowie mehrere Anwendersoftwarepakete, die unter Verwendung dieses Betriebssystems auf VAX-Rechnern lauffähig sind.

Das Betriebssystem "UNIX" gilt gegenwärtig als das Standardbetriebssystem für leistungsfähige 16- und 32-bit-Mikrorechner.

Die Version Berkely 4.2. repräsentiert eine der modernsten Weiterentwicklungen dieses Betriebssystems und versetzt damit die DDR in die Lage, ihre Betriebssysteme vom Typ "UNIX" an den neuesten internationalen Stand anzupassen.

BStU

000093

Die übergebene Anwendersoftware für VAX-Rechner ist in diesem Umfange in der DDR nicht vorhanden und versetzt die DDR in die Lage, umfangreiche Softwareentwicklungskapazitäten einzusparen. Von besonderer Bedeutung sind die übergebenen Softwarepakete zur Vernetzung von VAX-Rechnern sowie zum Datenbanksystem "Ingres".

Die Software zur Vernetzung von VAX-Rechnern dient zum Aufbau leistungsstarker Mehrrechnersysteme für die Militärtechnik. Das Datenbanksystem "Ingres" ermöglicht es, schnell und effektiv große Datenmengen in der Militärtechnik oder in der Volkswirtschaft abzuarbeiten.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß der übergebene Materialkomplex eine große Unterstützung für die Volkswirtschaft der DDR darstellt.

E i n s c h ä t z u n g

der Dokumentation zum Know-how der Herstellung von Chromsubstraten

Das vorliegende Know-how umfaßt die komplette Beschreibung des technologischen Ablaufes, der zur Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik erforderlich ist.

Der Wert der Dokumentation wird dadurch erhöht, daß detaillierte Arbeitsvorschriften, Prüf- und Kontrollanweisungen für jeden Arbeitsplatz exakt vorgegeben sind.

Dadurch kann der technologische Prozeß zur Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik exakt nachvollzogen werden.

Chromsubstrate bilden das Ausgangsmaterial für die Strukturierung aller hochintegrierten Schaltkreise.

Das vorliegende Know-how versetzt die DDR in die Lage, kurzfristig eine eigene, NSW-importfreie Technologie für die Herstellung von Chromsubstraten für die Mikroelektronik zu entwickeln. Es stellt damit einen bedeutsamen Beitrag zur Störfreimachung der Mikroelektronikindustrie der DDR von NSW-Importen dar.

Weitere Fragen, die sich aus dem Material ergeben, wurden der 1. Hauptverwaltung des KfS bereits übergeben mit der Bitte um Ergänzung.

Einige spezielle Probleme, die mich bewegen und zu denen ich die Meinung der sowjetischen Genossen erfahren möchte:

BStU

000095

Zur Volksrepublik Polen

Ich gehe davon aus, daß wir die Lage in Polen übereinstimmend einschätzen.

Trotz einer fortschreitenden Stabilisierung sehen wir nach wie vor Reihe von Erscheinungen, die zu neuen Gefahren führen können. Ich nenne hier nur:

- Die Untergrundführung von "Solidarnosc" setzt ihre staatsfeindliche Tätigkeit unvermindert fort, wie u. a. die jüngsten Aufrufe zu Streiks und anderen antisozialistischen Aktionen (Kundgebungen, Demonstrationen) zeigen. In letzten Tagen Zunahme von Streikandrohungen und Verkündung von Streikbereitschaft in einigen Großbetrieben.
- Walesa ist es noch immer möglich, als legal wirkendes Sprachrohr der Untergrundführung im engen Zusammenwirken mit westlichen Medien aufzutreten und zu konterrevolutionären Aktionen aufzufordern. Diese Kreise rechnen im Zusammenhang mit den Preismaßnahmen und weiteren ökonomischen Problemen mit einer neuen großen Konfrontation noch im Jahre 1985.
- Die bei der Festnahme der Leitung der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN) sichergestellten Dokumente zeigen, daß erneut Gewalt angewendet werden soll ("blutiger Kampf").

Aufklärung versucht (noch keine Antwort).

Wir halten eine solche Maßnahme für politisch und operativ nicht vertretbar.

2. In Polen befinden sich noch wichtige Archivbestände aus der Zeit des Faschismus (u. a. das Pressearchiv von Goebbels). Trotz entsprechender Zusagen, u. a. des Gen. Gierek gegenüber Gen. Honecker, des Gen. Kiszczak mir gegenüber, werden diese Materialien aus unverständlichen Gründen weiter zurückgehalten und uns nicht zur Auswertung übergeben. Bedeutende Möglichkeiten der politischen und operativen Auswertung bleiben somit ungenutzt, gehen verloren. (Zeitfaktor!)

Zur Volksrepublik Bulgarien

Ausgehend von den bekannten Vorkommnissen in der VR Bulgarien -

- Sprengstoffanschläge in Plovdiv und Varna am 30. 8. 1984,
- Sprengstoffanschläge auf einen Zug (Strecke Burgas - Sofia) und ein Hotel in Sliven am 9. 3. 1985,
- Auseinandersetzungen um die "Namensänderungen der türkischen Minderheit" -

Frage an KfS, ob weitergehende Erkenntnisse vorliegend, die für Tätigkeit des MfS - auf Aufklärung und Abwehr bezogen - und für unsere Zusammenarbeit mit dem bulgarischen Sicherheitsorgan von Bedeutung sein könnten.

Gibt es überhaupt neuere bedeutsame Erkenntnisse über Bestrebungen terroristischer, extremistischer Kräfte, mit Terror u. a. Gewalthandlungen in sozialistischen Staaten wirksam zu werden?

(Hinweis: Nach Anschlägen in Plovdiv und Varna hat MfS entsprechende Anstrengungen unternommen, bulgarisches Bruderorgan bei Aufklärung möglicher Hintermänner/Täterkreise zu unterstützen.

15. 3. 1985 Beratung mit Leiter der Aufklärung, Gen. Generalleutnant Kotzew, und Übergabe erarbeiteter Informationen,

- []
- einen beabsichtigten Sprengstoffanschlag auf ein Fußballstadion in Plovdiv im Mai dieses Jahres und
 - eine Einrichtung der bulgarischen Freundschaftsgesellschaft in Hamburg.
- (Dazu lagen dem bulgarischen Bruderorgan bisher keine Informationen vor.)

Weitere Angaben in der übergebenen Information über

- die Existenz von "autonomen Untergrundzellen" in der VR Bulgarien und über
- die Urheberschaft der o. g. Feindorganisation für eine Reihe von Gewalthandlungen in der VR Bulgarien in den Jahren 1982 - 84

wurden von Gen. Kotzew auf der Grundlage seiner Erkenntnisse als "Propaganda dieser Feindkräfte bzw. als Versuch der Befriedigung von Interessen der geheimdienstlichen Hintermänner" gewertet.

Es wurde eingehende Prüfung und Einschätzung der Information sowie Übergabe eines detaillierten Informationsbedarfs zugesichert.

Zu einigen weiteren Problemen - der Lage im Süden Afrikas, der palästinensischen Widerstandsbewegung, zu neuen Aspekten der Einschätzung der Lage in der VR China - wurde bereits vorher (über Gen. Schumilow) die Bitte an das KfS herangebracht, die Einschätzung und die Vorstellungen der sowjetischen Genossen dazu zu erfahren.

Bitte an Gen. Tschebrikow, dazu uns ihre Meinung zu sagen:

Zur Volksrepublik Angola

(Hinweise zur Lage nur zum Vergleich:

Die sicherheitspolitische Lage Angolas ist als äußerst angespannt einzuschätzen. Die konterrevolutionären Banden der UNITA kontrollieren große Teile des Landes.

Die USA und Südafrika forcieren ihre Politik der Destabilisierung Angolas mit Hilfe der Konterrevolution im Innern. So kündigte die UNITA eine neue militärische Offensive gegen die Hauptstadt Luanda an. Ihre militärischen Aktionen nahmen an Ausdehnung und Wirksamkeit, Aggressivität und Brutalität zu.

Trotz Anstrengungen der Parteiführung und einiger Teilerfolge bei der Bekämpfung der Konterrevolution konnte das militärische Kräfteverhältnis nicht wesentlich zugunsten der Fortschrittskräfte verändert werden.

Die ökonomischen Schwierigkeiten verstärkten sich im Ergebnis des Wirkens der inneren feindlichen Elemente. Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele der Partei werden nicht erreicht. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nimmt zu. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und den Massen verschlechtert sich.)

Entsprechend den Ausführungen des Gen. Tschebrikow evtl.
ergänzen bzw. fragen:

(Macht in Angola konnte bisher nur dank der Unterstützung durch die UdSSR und Kuba gegen die Angriffe der inneren und äußeren Reaktion gehalten werden.)

Fragen:

Zu welchen Ergebnissen führten die bilateralen Beratungen zwischen der UdSSR, Kuba und Angola in Moskau?

Welche weiteren politischen, militärischen und ökonomischen Maßnahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Sicherung der Macht halten die sowjetischen Genossen für erforderlich?

(Auch weiterhin sind offensive Handlungen der UNITA und Anschläge gegen Projekte der sozialistischen Staaten und ihre Spezialisten nicht auszuschließen.)

Fragen:

Sind dem KfS entsprechende Pläne der Konterrevolution bekannt?

Halten die sowjetischen Genossen die Streitkräfte Angolas für fähig, neue Angriffe abzuwehren und wirksame Gegenschläge zu führen?

Werden vom KfS koordinierte Maßnahmen der sozialistischen Staaten zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Projekte und Spezialisten für notwendig gehalten (Selbstschutz, Bewaffnung)?

(Wir schätzen ein, daß die Führung um Präsident dos Santos an der Fortsetzung der progressiven Entwicklung in Angola interessiert ist. Der Präsident konnte seine eigene Position festigen. Er konnte den Einfluß prowestlich orientierter, kompromißbereiter Kräfte in der Führung zurückdrängen. Ein politisches Arrangement mit der UNITA wurde bisher konsequent abgelehnt.)

Fragen:

Wie schätzen die sowjetischen Genossen das Kräfteverhältnis in der angolanischen Führung ein?

Werden Gefahren gesehen, die von Kräften in der Führung ausgehen könnten?

(Die USA und Südafrika verstärken ihren politischen Druck auf Angola.

Sie fordern den Abzug der kubanischen Internationalisten als Vorbedingung für den Rückzug der restlichen Truppen Südafrikas aus Angola und für die Lösung des Namibia-Problems. Das wurde von Angola bisher zurückgewiesen.)

Zur Volksrepublik Mocambique

(Hinweise zur Lage nur zum Vergleich:

Wir beurteilen - wie auch das KfS - die sicherheitspolitische Lage in Mocambique als weiterhin kritisch und angespannt.

Die Terror- und Sabotagehandlungen der konterrevolutionären Banden werden, im wesentlichen unbehindert, fortgesetzt. Die Streitkräfte Mocambiques handeln defensiv. Hinweise zur aktiven Bandenbekämpfung setzen sie nur ungenügend um. Die Feinde streben eine weitere Destabilisierung der Lage, eine Änderung der machtpolitischen Verhältnisse an.

Eine Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes wird durch die Aktivitäten der Konterrevolution verhindert. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich weiter. Die Streitkräfte sind nicht in der Lage, den Feinden im Innern entscheidende Niederlagen beizubringen - auch künftig nicht -.

Uns liegen Hinweise vor, daß die Konterrevolution das Ziel verfolgt, die Nordprovinzen des Landes abzuspalten sowie einen Separatstaat oder zumindest kontrollierte Gebiete als Basis für die Bildung einer Gegenregierung zu schaffen.

Es ist bekannt, daß Präsident Machel von der UdSSR den Einsatz von 2 000 bis 3 000 Militärinstrukteuren zur Ausbildung von Einheiten zur Bandenbekämpfung sowie die volle Einbeziehung der in Mocambique tätigen sowjetischen Militärberater zur Vernichtung konterrevolutionärer Kräfte gefordert hat.)

Fragen:

Wie wird die UdSSR auf die Forderung von Machel reagieren, mehrere tausend Militäarinstrukteure sowie die Militärberater direkt in die Bandenbekämpfung einzubeziehen?

Welche Maßnahmen halten die sowjetischen Genossen für erforderlich, um Mocambique zu befähigen, die bewaffneten Banden zu zerschlagen?

Stellung zu unserer Meinung, keine neuen Ausbildungslager in den Provinzen zu schaffen.

(Innerhalb der Führung Mocambiques entwickelte sich der bekannte Differenzierungsprozeß zwischen den Kräften, die den Vertrag von Nkomati und eine Zusammenarbeit mit Südafrika ablehnen bzw. befürworten. Trotz des positiven Verlaufs des Treffens der Frontanliegerstaaten tritt Präsident Machel offenbar für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Südafrika ein. Kritiker an diesem Kurs wurden weitgehend zurückgedrängt und von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschaltet.)

Fragen:

Wie schätzt das KfS das derzeitige Kräfteverhältnis in der Führung ein?

Wie sind die Erklärungen Machel's zu sehen, den progressiven Entwicklungsweg fortsetzen zu wollen?

Liegen dem KfS Erkenntnisse vor, welche Kräfte konsequent für die Weiterführung der progressiven Entwicklung eintreten?

Hauptfragen:

Wie kann einheitlich politisch auf die Führung eingewirkt werden?

Gibt es dazu Empfehlungen des KfS an die Parteiführung?

Welche Linie sollte eine Delegation der DDR auf hoher Ebene dabei vertreten?

Fragen:

Welche zeitlichen und inhaltlichen Vorstellungen hat die sowjetische Seite zur Durchführung des von ihr vorgeschlagenen Treffens der Sicherheitsorgane der UdSSR, der DDR und Kubas zu unserem weiteren Vorgehen in der VR Mocambique?

Gibt es seitens des KfS neue Erkenntnisse und Hinweise, die für die Sicherheit unserer Spezialisten in der VR Mocambique von Bedeutung sind?

Zur Palästinensischen Widerstandsbewegung, besonders zur
PLO (Arafat)

(Hinweise zur Lage nur zum Vergleich:

Im Ergebnis der Politik Arafats, mit Hilfe Jordaniens eine neue Initiative in der palästinensischen Frage auszulösen, ist es zur Vertiefung der Widersprüche und des Differenzierungsprozesses in der Palästinensischen Widerstandsbewegung insgesamt gekommen.

Das gefährdete auch weiter die Einheit der PLO.

Der zwischen Arafat und König Hussein ausgehandelte Vertrag entspricht objektiv der Zielstellung des Imperialismus und Zionismus.

Das Handeln Arafats und Husseins wird von progressiven palästinensischen und arabischen Kräften abgelehnt.

Bildung einer "Front der nationalen Errettung" am 25. 3. 1985 in Damaskus durch sechs palästinensische Teilorganisationen und Einzelpersönlichkeiten. Verstehen sich als eine Bewegung innerhalb der PLO - keine "Gegen-PLO" - mit Ziel, Politik Arafats zum Scheitern zu bringen und ihn zu stürzen (dafür weitere Kräfte zu gewinnen).

Führung Syriens will weiterhin die Gegner Arafats sammeln und seine Position schwächen. Strebt Wiedervereinigung der PLO ohne Arafat an. Wird von Libyen unterstützt.

Wir gehen davon aus, daß die UdSSR und die DDR bei Gesprächen mit Vertretern der PLO abgestimmte Positionen beziehen sollten. Für April 1985 ist ein Besuch von Abu Ayad in der DDR beabsichtigt.)

und derzeitige Stellung Arafats ein?

Wie bewertet das KfS die Gefahr des weiteren organisatorischen Zerfalls der PLO und ihrer Spaltung in zwei palästinensische Dachorganisationen?

Welche Maßnahmen/Aktivitäten plant die UdSSR und welche Möglichkeiten werden überhaupt gesehen, um die negativen Entwicklungen in der Palästinensischen Widerstandsbewegung und dabei vor allem in der PLO aufzuhalten?

Welche Erfordernisse und Möglichkeiten sehen die Genossen des KfS für ein besser abgestimmtes politisch-operatives Vorgehen der Bruderorgane der sozialistischen Staaten gegenüber den einflußreichen Kräftegruppierungen der palästinensischen Widerstandsbewegung und den hinter ihnen stehenden arabischen Ländern?

Zur Volksrepublik ChinaBSTU
000108

(Hinweise zur Lage nur zum Vergleich:

Unsere Erkenntnisse stimmen mit den Informationen des KfS überein, wonach gegenwärtig in der Führung der VR China die reformistischen Kräfte um Deng Xiaoping dominieren. Sie sind bestrebt, China bis zum Jahre 2000 im Rahmen eines "chinesischen Weges" zum Sozialismus als 3. globales Machtzentrum zu etablieren.

Es soll eine umfassende Reform des gesamten Wirtschaftssystems (Kombination von Plan- und Marktwirtschaft unter Beachtung chinesischer Eigenarten) herbeigeführt werden.

Beachtenswert finde ich, wie dabei die Fragen der Wissenschaft und Technik - als entscheidende Produktivkraft - mit in den Mittelpunkt gestellt werden.

Nach außen steht die allseitige Zusammenarbeit mit den imperialistischen Ländern im Zentrum der Politik, während mit der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten die Beziehungen differenziert entwickelt werden.

Über diese Probleme soll es jedoch nach wie vor grundlegende Meinungsverschiedenheiten in der chinesischen Führung geben.

Gegenwärtig forciert China seine Differenzierungspolitik gegenüber sozialistischen Staaten sowie der kommunistischen Weltbewegung. Gezielt wird dabei mit den im Ergebnis der Gespräche mit Genossen Archipow erzielten Fortschritten in den ökonomischen Beziehungen zur UdSSR argumentiert. Verstärkt werden Aktivitäten zur Aufnahme von Parteibeziehungen entwickelt (u. a. Reisen von Mitarbeitern des ZK der KP Chinas als "Gäste" chinesischer Botschafter, Kontakte zu Parteiinstitutionen). Gleichzeitig ist eine Zunahme des Drucks auf die SR Vietnam zu verzeichnen.)

Fragen:

Wie schätzen die sowjetischen Genossen diese Absichten und die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Führung ein (besonders die Haltung des Generalsekretärs des ZK, Hu Yaobang, und des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zu diesen Fragen)?

Gibt es neue Erkenntnisse zu den Hauptzielen, die von chinesischer Seite mit der politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenarbeit mit den USA, Japan und westeuropäischen Staaten verfolgt werden?

Worin bestehen die kurz- und längerfristigen Ziele der sowjetischen Chinapolitik?

Welche Konsequenzen für das weitere abgestimmte Vorgehen der sozialistischen Länder gegenüber China werden gesehen?

Welche Einschätzung gibt es zur Lageentwicklung im chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet sowie zum Vorgehen Chinas gegenüber Vietnam, auch zu Vorstellungen zur Bildung einer Koalitionsregierung Sihanouk/Son Sann/Heng Samrin in Kampuchea?

Wie schätzen die sowjetischen Genossen den Stand und die Perspektiven der Entwicklung der Zusammenarbeit Chinas mit den imperialistischen Hauptmächten auf militärischem und rüstungswirtschaftlichem Gebiet ein?

chinesischen Führung zu den sowjetisch-amerikanischen
Verhandlungen in Genf?

Hinweise auf Einzelprobleme

Zum Besuch einer Delegation der Westberliner "Jungen Union"
in Moskau

Für Mai 1985 ist der Besuch einer Delegation des Westberliner Landesverbandes der "Jungen Union" (Jugendorganisation der CDU) auf Einladung des Komsomol in Moskau geplant (Gegenbesuch zum Besuch einer Komsomoldelegation vom 19. bis 25. Januar 1985 in Westberlin). Der Delegation sollen [REDACTED]

[REDACTED] angehören. Beide gehören zu den aktivsten Mitgliedern der Westberliner Arbeitsgruppe der Feindorganisation "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V." (IGfM).

Von beiden Personen während des Aufenthaltes der Komsomoldelegation in Westberlin beabsichtigte Abwerbungsversuche und feindliche Aktivitäten - in Zusammenarbeit mit sogenannten Exilrussen und Bildreportern des SPRINGER-Konzerns - sind auf Grund des konsequenten und disziplinierten Verhaltens der Komsomoldelegation fehlgeschlagen.

Informationen zu bekanntwerdenden Plänen und Absichten im Zusammenhang mit dem geplanten Besuch in Moskau sowie Auskünfte über die vorgenannten [REDACTED] werden erarbeitet und dem KfS übergeben.

Tagung des Apparates der Koordination der Funkabwehrgane
der sozialistischen Länder

Soweit auf Arbeitsebene bekannt wurde, ist diese Tagung - vorgesehen soll auch die Teilnahme der stellvertretenden Minister sein - für das III. Quartal 1985 geplant. Hauptthema sollen Probleme der UKW-Funkabwehr und deren technische Ausstattung sein.

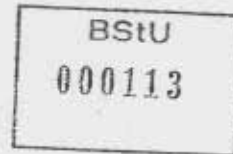
Ich schlage Moskau als Tagungsort vor. Der Hauptgrund für diesen Vorschlag ist, daß im Zusammenhang mit dieser Tagung die sowjetischen Genossen die in der UdSSR vorhandenen technischen Mittel auf diesem Gebiet vorstellen könnten.

Zusammenarbeit der Sportvereinigungen "DYNAMO"

- Stichworte -

Bezugnahme auf ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sportvereinigung Dynamo der UdSSR, Genossen BOGDANOW.

Das Sportkomitee der UdSSR hat der SV Dynamo der UdSSR die Quoten zur Zusammenarbeit mit Bruderorganisationen (Austausch von Trainern und Durchführung von Trainingslagern) gekürzt. Dadurch ist eine ganzjährige gemeinsame Trainingsvorbereitung nicht mehr voll gesichert.



Vorschlag:

Zur Gewährleistung einer guten Qualität der Wettkampfvorbereitung sollten die Aufenthalte zu Trainingszwecken sowohl in der DDR als auch in der UdSSR über das MfS und das KfS als Maßnahme des jeweiligen Organs angewiesen werden.

Weitere Probleme:

- Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul/Südkorea.

- Entscheidung über den Antrag der Polizeisportvereinigung der Syrischen Arabischen Republik, Mitglied der Konferenz der Bruderorganisationen zu werden (Budapest 1985).

Hinweise

über die Vorbereitung und Durchführung des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus

Zur Zielsetzung und inhaltlichen Gestaltung aller Maßnahmen wurde bereits am 26. Juni 1984 entsprechender Beschluß des Politbüros des ZK der SED gefaßt. Mit gemeinsamen Aufruf (ZK, Ministerrat, Staatsrat, Nationale Front) vom 11. Januar 1985 wurde breite ideologische Offensive zum 40. Jahrestag eröffnet. Es ist unmöglich, alles zu erfassen, was dazu getan wird. Die damit ausgelösten Initiativen sagen mehr als alle Berichte.

Zu Hauptanliegen gehören:

- Mobilisierung aller Kräfte für die weitere Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED;
- Verstärkung des Kampfes für die Sicherung des Friedens;
- Vertiefung und Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion, zwischen unseren Parteien, Staaten und Völkern.

Zentrale Veranstaltungen

- Festveranstaltung des ZK der SED, des Staaterates, des Ministerrates und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR (7. Mai 1985).
- Gedenkappell der FDJ am Ehrenmal in Berlin-Treptow (7. Mai 1985, Teilnahme der Partei- und Staatsführung).

- Kranzniederlegungen der Partei- und Staatsführung (8. Mai 1985).
- Großer Zapfenstreich der NVA am Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus (7. Mai 1985).
- Großer Wachaufzug der NVA (ebenfalls am Mahnmal, 8. Mai 1985).
- Teilnahme der Partei- und Staatsführung der DDR am Empfang des Botschafters der UdSSR und an der Veranstaltung der GSSD.

(Einladung einer Gruppe von 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der UdSSR - einschließlich des Komitees der Kriegsveteranen - zur Teilnahme an den Feierlichkeiten.)

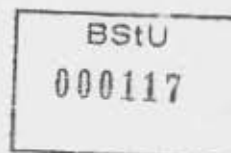
Weitere Veranstaltungen/Maßnahmen

- Festliche Veranstaltungen der Leitungen der Partei, der Volksvertretungen und der Nationalen Front in den Bezirken und Kreisen sowie Kranzniederlegungen an den Ehrenmalen (für gefallene sowjetische Soldaten, polnische Soldaten, deutsche Antifaschisten).
- Würdige Mitgliederversammlungen in allen Grundorganisationen der Partei.

- Großkundgebungen und Kranzniederlegungen in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück (13. bis 28. April 1985) - Redner: Mitglieder des Politbüros des ZK der SED.
- Großkundgebung in Brandenburg (27. Mai 1985) - Redner: Genosse Erich HONECKER.
- Tagungen der Internationalen Lagerkomitees Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück.
- Treffen von Kriegsveteranen der UdSSR und der USA in Torgau/Elbe (40. Jahrestag der historischen Begegnung/ 26./27. April).
- Zahlreiche Veranstaltungen in der Woche der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (8. bis 15. Mai 1985).
- Internationale Wissenschaftliche Konferenz unter dem Thema "40 Jahre Potsdamer Konferenz" (18./19. 7. an historischer Stätte, im Schloß Cecilienhof in Potsdam).

Bewaffnete Organe

Vielfältige militärische und politisch-ideologische Maßnahmen und Veranstaltungen in der NVA, den Grenztruppen, den Organen des MfS und des MdI.

Veranstaltungen/Maßnahmen des MfS

- Festveranstaltung des MfS (2. Mai 1985).
- Festveranstaltungen der Bezirksverwaltungen des MfS.
- Mitgliederversammlungen in allen Parteikollektiven (GO und APO im April 1985).
- Vortrag für leitende Kader im Rahmen des Vortragszyklus der SED-Kreisleitung am 17. April 1985 (Referent Genosse Generalmajor NAGAJEW).
- Teilnahme an Kranzniederlegungen der Partei- und Staatsführung sowie in den Bezirken.
- Niederlegung von Blumengebinden an Grabstätten gefallener sowjetischer Tschekisten bzw. an Gedenktafeln.

Publizistische Maßnahmen

- Vielzahl von Veröffentlichungen in "Neues Deutschland", darunter propagandistische Beiträge zu 9 großen Themenkomplexen, eine Artikelserie und eine Serie von Porträts.
- Viele Beiträge in den Bezirkezeitungen der Partei und anderen Presseorganen.
- Funkdokumentationen, Hörspiele und spezielle Sendungen des Rundfunks.

- Dokumentationen des Fernsehens der DDR und Übernahme sowjetischer Dokumentationen, darunter der 15teiligen Dokumentation "Strategie des Sieges".
- Beiträge in Zeitschriften der Partei und in wissenschaftlichen Periodika.
- Internationales Journalistentreffen (Torgau).

Wissenschaftliche und propagandistische Konferenzen/Veranstaltungen führen durch:

- Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Hochschulwesen und der Akademie der Wissenschaften der DDR,
- Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
- Parteihochschule "Karl Marx",
- Institut für Internationale Beziehungen,
- URANIA,
- Kulturbund der DDR (Manifestation),
- Ministerium für Kultur,

- Schriftstellerverband der DDR (Lesung gemeinsam mit dem sowjetischen Verband),
- Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR (Filmseminar sozialistischer Länder),
- Verbände der Theaterschaffenden und der Bildenden Künstler der DDR.

Zu einigen Problemen im Zusammenhang mit Vorkommnissen, die durch Angehörige der Sowjetarmee in der GSSD verursacht wurden

Im Mai 1984 hatte ich über Handlungen von Angehörigen der Sowjetarmee in der GSSD gesprochen, die nicht nur der soldatischen Pflichterfüllung widersprechen, sondern in bestimmtem Umfang auch geeignet sind, das Ansehen der sowjetischen Streitkräfte und die tiefe unverbrüchliche Freundschaft mit der UdSSR zu beeinträchtigen.

Nach Ablauf des Jahres 1984 ist festzustellen, daß - im Vergleich zu 1983 - bezüglich der Begehung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen durch Angehörige der GSSD keine positiven Veränderungen eingetreten sind.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984 wurden den Schutz- und Sicherheitsorganen insgesamt

3 377 (2 898)¹ Vorkommnisse mit Straftatencharakter

bekannt, die durch Angehörige der GSSD verursacht wurden; das sind 16,5 % mehr als 1983, wobei insbesondere

¹ Vergleichszeitraum 1983

- die Angriffe gegen Leben und Gesundheit sowie Freiheit und Würde des Menschen - 217 (198), darunter 58 Straftaten der meist mehrfachen Vergewaltigung von Bürgerinnen der DDR sowie Nötigung und Mißbrauch zu sexuellen Handlungen;
- Diebstahlshandlungen am sozialistischen und persönlichen Eigentum - 1 629 (1 316);
- schuldhaft verursachte Verkehrsunfälle - 1 516 (1 369)

zum Teil erheblich zugenommen haben.

Im gleichen Zeitraum wurden den zuständigen Organen der DDR

417 (354) Vorkommnisse mit Straftatencharakter -
Anstieg um 17,8 % -

bekannt, die durch Bürger der DDR begangen und in deren Folge Angehörige, deren zeitweilig in der DDR aufenthältlichen Familienangehörigen, Zivilangestellte, Einheiten und Einrichtungen der GSSD geschädigt wurden.

Bei diesen Vorkommnissen - sie nehmen einen weit geringeren Umfang gegenüber den durch Angehörige der GSSD verursachten Vorkommnissen ein - handelt es sich u. a. um

306 (285) schuldhaft verursachte Verkehrsunfälle
65 (49) Diebstahlhandlungen am sozialistischen
und persönlichen Eigentum.

Wenn ich diese Probleme erneut in aller Offenheit anspreche, so vor allem deshalb, gemeinsam zu effektiven Lösungswegen zu kommen, wie wir noch wirksamer bereits vorbeugend derartigen Vorkommnissen begegnen können.

Im gemeinsamen Interesse sollten diese Vorkommnisse Anlaß sein, über die Kommandeure, Leiter der Politorgane, die Militärstaatsanwälte und Autoinspektoren sowie unter Einbeziehung der Partei- und Komsomolorganisationen der GSSD noch konsequenter auf die Durchsetzung entsprechender Befehle zur Wahrung von Sicherheit, Ordnung und Disziplin sowie zur weiteren Vertiefung des sozialistischen Rechtsbewußtseins der Angehörigen der GSSD hinzuwirken.

Wir sollten gemeinsam - und auf diese Probleme bezogen noch wirksamer - alles tun, um Vorkommnisse, die sich störend auf die engen und brüderlichen Beziehungen zwischen uns auswirken können, noch entschiedener vorbeugend zu verhindern und wirksam zu bekämpfen.

1896/85

Hauptabteilung I
Leiter

Berlin, 22. Februar 1985
AKG/rb-go 211 -85

BStU
000126

Persönlich

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe
Genossen Oberst Taube

Als Anlage übersende ich die gewünschte Zuarbeit für die
Gespräche des Gen. Minister während seines Besuches in
der Sowjetunion.

Anlage
2 Blatt

Kiitz
Dietze
Generalmajor

Die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung I des MfS und der 3. Hauptverwaltung des KfS hat sich kontinuierlich entwickelt und einen hohen Stand erreicht.

Der am 23. 3. 1983 in Moskau unterzeichnete "Perspektivplan für das Zusammenwirken zwischen der HA I des MfS der DDR und der 3. Hauptverwaltung des KfS der UdSSR für die Jahre 1983 - 1987" wird mit Leben erfüllt.

Das spiegelt sich besonders in der Zusammenarbeit zwischen dem Leiter der HA I, Generalmajor Dietze, und dem Leiter der Verwaltung der Sonderabteilungen bei der GSSD, Generalleutnant Jewdokuschin, sowie in den periodischen Beratungen der operativen Arbeitsgruppe dieser beiden Dienstseinheiten wider. Enge Arbeitsbeziehungen bestehen auch zwischen dem Leiter der Sonderverwaltung bei der Baltischen Rotbannerflotte und dem Leiter der Abteilung Volksmarine der HA I. Ein enges Zusammenwirken gibt es hinsichtlich der politisch-operativen Sicherung der Gegenmaßnahmen zur Stationierung der USA-Raketen in der BRD (Aktion "Antwort").

Der gegenseitige Informationsaustausch zu Problemen der aktuellen Lageeinschätzung sowie die Beratung und Festlegung sich daraus ergebender Maßnahmen sind ständige Praxis der gemeinsamen Arbeitstreffen.

Als sehr wertvoll für die Arbeit der Militärabwehr schätzen wir den von der 3. Hauptverwaltung übergebenen "Auskunftsbericht über einige Aktivitäten gegnerischer Geheimdienste gegen die Streitkräfte der UdSSR und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" vom Mai 1984 und die "Information über einzelne taktische Verfahren und Methoden der agenturischen Tätigkeit von Angehörigen der Botschaftsresidenten der CIA der USA in Moskau" vom Dezember 1984 ein.

Im Prozeß der Zusammenarbeit haben sich naturgemäß auch die persönlichen Kontakte zwischen den beteiligten Genossen und auch auf der Ebene der Parteiorganisationen entwickelt. Wir halten das für sehr wertvoll.

Die gegenwärtig sehr gespannte internationale Lage erfordert, die Arbeit der HA I noch intensiver auf die Aufgaben vorzubereiten, die sie im Falle der Abwehr einer imperialistischen Aggression zu realisieren hat.

Aus dieser Sicht betrachten wir die Unterzeichnung eines "Protokolls über das Zusammenwirken des KfS der UdSSR und des MfS der DDR auf der Linie Militärabwehr in Kriegszeiten" während des Besuches einer Delegation der 3. Hauptverwaltung in der DDR im Mai 1985 als einen weiteren wichtigen Schritt zur Festigung unserer Kampfgemeinschaft.

(Dem Entwurf des Protokolls wurde durch uns bereits zugestimmt.)

P HAE, FAIR, AGM)

Hauptabteilung II
Leiter

Berlin, 22. Februar 1985
II/AKG/ 730 /85
ho-sk

ZAIG
Leiter

MFS - 327 -	Lo
28. FEB. 1985	li
Tgb. Nr. 20 Ab	
Weiter an: Gen. Panke	

Beiliegend erhalten Sie die angeforderte Zuarbeit der Hauptabteilung II im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Aufenthalt des Genossen Minister in Moskau.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Anlage

Kratsch *Kratsch*
Generalleutnant

In der gemeinsamen Vereinbarung zwischen der II. Hauptverwaltung des KfS der UdSSR und der HA II des MfS für den Zeitraum 1984 bis 1986 kamen beide Seiten überein, daß aufgrund der Verschärfung der internationalen Lage eine weitere Konzentration der Kräfte, operativen Mittel und Möglichkeiten unserer beiden sozialistischen Bruderorgane erforderlich ist.

Durch die zunehmende Internationalisierung feindlicher Handlungen und Aktivitäten ergibt sich für die Dienstleistungen der Abwehr der Bruderorgane der DDR und UdSSR die zwingende Notwendigkeit, den Austausch von Erfahrungen zu generellen und spezifischen Problemen der Abwehrarbeit noch zielstrebig fortzusetzen.

- In Anbetracht der fortgesetzten Verschärfung der militärischen Lage durch den Konfrontations- und Hochrüstungskurs der USA und ihrer NATO-Verbündeten und der daraus resultierenden Forcierung der Militärspionage sieht die Hauptabteilung II eine außerordentlich bedeutsame Aufgabe in der weiteren Verstärkung und Vertiefung der Kampfgemeinschaft mit den sowjetischen Tschekisten.

Im Mittelpunkt unserer Abwehrarbeit steht die vorrangige und vor allem vorbeugende Sicherung aller unserer militärischen Gegenmaßnahmen auf die Stationierung neuer nuklearer Erstschlagwaffen der USA in Westeuropa. Es konnten wichtige Ergebnisse beim Aufbau komplexer Sicherungssysteme in den Stationierungsräumen bei der Abwehr der Aufklärungstätigkeit der drei westlichen MVM sowie der rechtzeitigen Verhinderung des Abflusses geheimzuhaltender militärischer Informationen über technische Kanäle erzielt werden.

Um die operativen Potenzen und Möglichkeiten der Tschekisten der UdSSR und DDR noch einheitlicher gegen den Feind zum Einsatz zu bringen, wird zur Zeit eine Arbeitsvereinbarung zwischen der Verwaltung der Sonderabteilungen des KfS der UdSSR bei der GSSD und der Hauptabteilung II zur erfolgreichen Weiterführung der komplexen Sicherung der auf dem Territorium der DDR stationierten operativ-taktischen Raketenkomplexe größerer Reichweite beraten.

- Die internationale Schmuggel- und Spekulantentätigkeit durch in der UdSSR aufhältige Diplomaten kapitalistischer Länder und aus Entwicklungsstaaten nimmt in verstärktem Maße zu. Es erscheint uns notwendig, durch gemeinsame operative Maßnahmen diese kriminellen Handlungen unter Kontrolle zu bringen und kompromittierendes Material zu erarbeiten mit der vorrangigen Zielstellung, Werbungen unter diesem Personenkreis zu realisieren.
- Ehemalige Bürger der UdSSR, die ins Operationsgebiet, insbesondere in die BRD bzw. nach Westberlin, übersiedeln, stehen zunehmend im Blickpunkt imperialistischer Geheimdienste.

BStU

000131 2

Das feindliche Interesse resultiert vor allem daraus, daß diese Personen Aktivitäten zum Aufbau/Ausbau eines stabilen Verbindungssystems zu in der DDR wohnhaften ehemaligen UdSSR-Bürgern bzw. zu in der UdSSR wohnhaften Bürgern entwickeln, welches nachrichtendienstlich genutzt werden soll. Durch die Realisierung zwischen den Bruderorganen abgestimmter, gemeinsamer Maßnahmen zur Kontrolle und Bearbeitung dieser Personenkreise und ihrer Verbindungskanäle sind günstige Voraussetzungen zum Eindringen in imperialistische Geheimdienste zu schaffen.

Hauptabteilung III
Leiter

Berlin, 14. Februar 1985
mä-mo 623 -85

BStU
000132

Persönlich

ZAIG
Gen. Oberst Taube

Hinweise zu Problemen und Fragen der Zusammenarbeit mit dem
KfS der UdSSR

1. Es ist vorgesehen - so wurde bisher auf Arbeitsebene bekannt - dem Genossen Minister die Durchführung der für das III. Quartal 1985 geplanten "erweiterten Sitzung" des Apparates der Koordination der Funkabwehrorgane der sozialistischen Länder (unter Teilnahme der Stellv. Minister der sozialistischen Länder) in der Hauptstadt der DDR vorzuschlagen.

Es wird vorgeschlagen, diesem Antrag nicht zuzustimmen und Moskau als Tagungsort vorzuschlagen (evtl. sogar mit diesem Vorschlag einem Antrag der Freunde zuvorkommen).

Begründung:

Das Hauptthema dieser Sitzung werden Probleme der UKW-Funkabwehr und deren technische Ausrüstung sein. Eine Sitzung in Moskau könnte die sowjetischen Genossen veranlassen, konkreter die in der UdSSR vorhandenen technischen Mittel auf diesem Gebiet vorzustellen.

2. Weitere Fragen und Probleme - zusätzlich zu den Ihnen bereits bekannten (anlässlich des Treffens mit dem Vorsitzenden des KfS) - bestehen gegenwärtig hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem KfS der UdSSR aus der Sicht der HA III nicht.

Männchen
Generalmajor

Berlin, 16. Februar 1985

E: 27.2.85

Vorname
26. II. 85

BStU

000133

1. Stand der Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem KfS
der UdSSR auf der Linie Sicherung der Volkswirtschaft/SÜI

- Die schwerpunktorientierte Zusammenarbeit auf der Linie Sicherung der Volkswirtschaft/SÜI zwischen der HA XVIII des MfS und der VI. Verwaltung des KfS der UdSSR konnte weiter vertieft werden.

Von außerordentlicher Bedeutung für die neue Etappe in der Zusammenarbeit war dabei die Arbeitsberatung vom 19. - 22. 11. 1984 in Berlin, in deren Mittelpunkt die Unterzeichnung des langfristigen "Planes der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der HA XVIII des MfS und der VI. Verwaltung des KfS der UdSSR für den Zeitraum 1985 - 1990" sowie die Unterzeichnung der "Aufstellung über Objekte und Personen des gemeinsamen Interesses", auf die sich die operative Zusammenarbeit bei der Feindbekämpfung im Zeitraum 1985/86 vorrangig konzentrieren wird. Das Dokument wurde vom Minister für Staatssicherheit der DDR und vom Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR bestätigt.

Damit wurde eine wesentliche Aufgabe/ein wesentlicher Auftrag aus den Festlegungen der Beratung zwischen dem Minister für Staatssicherheit der DDR und dem Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR vom Mai 1984 realisiert.

- Auf der Grundlage des "Planes der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der HA XVIII des MfS und der VI. Verwaltung des KfS der UdSSR für den Zeitraum 1985 - 1990" erfolgt schwerpunktorientiert der beiderseitig tschekistische Kräfte- und Mitteleinsatz unter dem Gesichtspunkt
 - der vorbeugenden, schadensabwendenden Arbeit
 - der Arbeit am Feind, insbesondere der verstärkten Abwehr und Bekämpfung der Wirtschaftsspionage
 - der Mitwirkung und Einflußnahme auf die Durchsetzung der ökonomischen Strategie in ausgewählten Sicherheitsbereichen

auf den Gebieten der

- speziellen Produktion - Landesverteidigung
 - Wissenschaft und Technik
 - Energie- und Rohstoffkomplex
 - Außenhandelsbeziehungen
 - Lebensmittelkomplex
- Die Wirtschaftspolitik der SED und der KPdSU und die Durchführung der ökonomischen Strategie sind Hauptangriffsobjekte des Gegners.

MfS und KfS haben sich auf Linie Sicherung der Volkswirtschaft/SÜI/RGW voll darauf eingestellt und treten dem Feind und seinen Angriffen mit einer abgestimmten strategisch orientierten Linie bei der gemeinsamen Sicherung der Volkswirtschaften entgegen.

Von Bedeutung ist Erkenntnisstand zur Strategie des Feindes:

Die imperialistischen Geheimdienste, besonders die der NATO-Hauptländer (BND, US-GD, engl. GD), konzentrieren sich verstärkt auf die Aufklärung der ökonomischen Potentiale der Mitgliedsländer des RGW, dabei konzentriert auf die Aufklärung des Standes und der Perspektiven der Zusammenarbeit DDR - UdSSR.

Schwerpunkte sind: - Rohstoffversorgung Erdöl/Erdgas
- Aufschließung neuer Ressourcen
- Zahlungsbilanz und Kreditbeziehungen
- Entwicklung von Schlüsseltechnologien/
Abkommen Wissenschaft und Technik bis
zum Jahre 2000 DDR - UdSSR

mit dem Ziel der Gewinnung von Ansatzpunkten zur gezielten Einflußnahme mittels profektionistischer Maßnahmen bis zur Vertiefung der Embargopolitik.

Bestätigt wird eine zunehmende Arbeitsteilung zwischen BND in Richtung DDR und dem deutschsprachigen Raum als Operationsbasis und dem US-Geheimdienst mit Konzentration auf die UdSSR. Hauptinteresse besteht an der Erarbeitung von "Gegensätzen und Reibungspunkten" bei der Lösung gemeinsamer Zielstellungen.

Eine Schlüsselstellung gezielter Spionageaktivitäten nimmt der Bereich Mikroelektronik/Datenverarbeitung generell und speziell in der Anwendung für die Landesverteidigung ein. Der Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit mit der UdSSR bis zu Details bei der Entwicklung/dem Einsatz von Baugruppen/Bauelementen stehen dabei im Mittelpunkt.

Die imperialistischen Geheimdienste versuchen in den Besitz von Originaldokumenten/Originalmaterialien zu gelangen und verstärken dabei ihre Aktivitäten zur Kontaktierung/Kompromittierung/Gewinnung von Bürgern der DDR während ihres zeitweiligen Aufenthaltes im NSW, reduzieren zum Teil die Nutzung/den Einsatz ihrer Landesbürger. Gezielt wird an der Beschaffung von Originaldokumenten/Beschlüssen der Partei gearbeitet.

2. Volkswirtschaftlich bedeutsame Objekte und Prozesse in der Zusammenarbeit DDR - UdSSR von besonderem sicherheitspolitischen Interesse

2.1. Komplex "Präzision"

DDR unternimmt bedeutende Anstrengungen, um die sich aus dem Komplex "Präzision" ergebenden Aufgaben und Verpflichtungen zu erfüllen.

Gegenwärtig eine Reihe von Komplikationen in der zweiseitigen Zusammenarbeit, die Einflußnahme der Sicherheitsorgane erfordern. Dazu erfolgten bereits Konsultationen während Arbeitsberatung HA XVIII - VI. Verwaltung des KfS mit Generaldirektor des Kombines CZ Jena:

- Hauptproblem bei Schiffsraketenkomplex mit kleiner Seezielrakete (152)

- Kompliziertheit der Aufgabenstellung und fehlende Voraussetzungen in DDR erfordern engste Zusammenarbeit mit UdSSR, besonders mit Ministerium für Flugzeugindustrie und Ministerium für Verteidigungsindustrie. Wenn von beiden Ministerien nicht die erforderliche Unterstützung, dann ist planmäßige Entwicklung und Überleitung in Produktion ernsthaft gefährdet.

Gen. Stoph hat Absicht, sich in dieser Angelegenheit brieflich an Gen. Tichinow zu wenden.
(Anlage 1)

- Waffenleitkomplex "Bastion" für Panzer T-55 A

Einflußnahme auf Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR erforderlich, um die Übergabe der technischen Dokumentation zu beschleunigen, da sonst Realisierung des Regierungsabkommens vom 9. 8. 1984 gefährdet.

(Anlage 1)

2.
29. 4. 81
1/2 w/w

2 →

2

- Komplex "Digitale Nachrichtentechnik"

Grundlage sind Empfehlungen des Ministeriums für Nachrichtenelektronische Industrie der UdSSR zur Entwicklung der digitalen Nachrichtentechnik für den Einsatz in der Militärtechnik.

DDR hat Voraussetzungen zur Entwicklung der digitalen Nachrichtentechnik auf Basis System ITT 12 (fortgeschrittenste Technik) geschaffen.

Hauptanwendungsgebiet: Automatische Führungssysteme (Redut 2B)

Weitere Arbeit am Projekt gestört, da Zusammenarbeit trotz vielfältigen DDR-Initiativen mit Ministerium für Nachrichtenelektronik der UdSSR stagniert.

2.2. RGW-Vorhaben Bergbau- und Aufbereitungskombinat Kriwoi Rog/UdSSR

DDR wird mit ca. 5.000 AK in der Hauptphase des Aufbaus beteiligt sein.

Zur politisch-operativen Sicherung dieses Vorhabens spezielle Befehle des Ministeriums für Staatssicherheit - analog Befehl "Trasse".

Zur politisch-operativen Arbeit vor Ort ist der Einsatz eines operativen Mitarbeiters (ab Sept. 85) und von zwei Sicherheitsbeauftragten (ab Baustellenbeginn) vorgesehen.

Erforderlich sind Abstimmungen/Konsultationen der Sicherheitsorgane der beteiligten Länder über Fragen des einheitlichen Vorgehens bei der Sicherung, da hier erstmalig auf engstem Raum die Arbeitskräfte der RGW-Länder konzentriert sind. Dazu auch eine größere Zahl von Arbeitskräften aus NSW-Ländern.

2.3. Aktion "Jugendbanner II"

Bei Realisierung dieses Vorhabens bedeutende Ergebnisse erzielt.

Komplikationen 1984: Erhebliche Rückstände bei den durch die Bauorganisation der DDR zu erbringenden wertmäßigen Leistungen und Lieferungen.
(Anlage 2)

2.4. "Erdgaslagerstätte Jamburg"

Erschließung der "Erdgaslagerstätte Jamburg" und Errichtung einer 4600 km langen Erdgasleitung zur Westgrenze der UdSSR. Zur Zeit wird mehrseitiges Regierungsabkommen zwischen UdSSR, VR Bulgarien, UVR, DDR, VR Polen, CSSR und SR Rumänien für Zeitraum 1985/86 - 1990 vorbereitet. (Anlage 2)

Investitionsbeteiligung DDR: 1,14 bis 1,33 Mrd. transf. Rubel.

Auch hier erfordert der Einsatz von Werktätigen aus den RGW-Mitgliedsländern gemeinsame sicherheitspolitische/politisch-operative Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit, Ordnung und Disziplin.

2.5. Wissenschaft und Technik

Traditionelle enge Zusammenarbeit der HA XVIII mit der VI. Verwaltung des KfS der UdSSR bei der Sicherung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben sind gegenwärtig folgende Projekte konzentriert:

- Optischer Sterngeber (OOS)

Hochgenaues Orientierungssystem für Raumflugkörper, das die Anvisierung von Punkten auf der Erdoberfläche aus dem Kosmos mit minimaler Abweichung gestattet.

- "Iris" (Optische Bildanalyse)

Weiterentwicklung des MKF-6-Systems (zur Erfassung relevanter Erdobjekte von kosmischen Flugkörpern aus).

• VEGA (Venus-Halley-Sonden)

Beteiligung an Geräteausrüstung

Die mit dem KfS abgestimmten politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen sind darauf orientiert,

- die qualitäts- und termingerechte Erfüllung der Verpflichtungen zu gewährleisten
- den Geheimnisschutz allseitig zu gewährleisten
- feindliche Angriffe, insbesondere Spionageaktivitäten imperialistischer Geheimdienste (wirksame Kräfte, Angriffsrichtung, Interessenschwerpunkte, Mittel und Methoden) rechtzeitig zu erkennen und gemeinsam vorbeugend zu verhindern.

Anlagen

Anlage 1

Probleme der Zusammenarbeit mit der UdSSR auf dem Gebiet der speziellen Produktion

1. Schiffsraketenkomplex mit kleiner Seezielrakete (152)

- Grundlage Regierungsabkommen vom 29. 4. 1981,
- Produzent Carl Zeiss Jena, Entwicklung Basistechnologie im Plan bis 1990,
- Partner Ministerium für Flugzeugindustrie und Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR,
- Entwicklung des optoelektronischen Zielsuchkopfes für die Seezielrakete erfordert grundsätzlich neue Basistechnologien in der Optoelektronik, Infrarot- und Lasertechnik, Mikroelektronik usw., die in der DDR bisher nicht zur Verfügung stehen,
- auf Drängen der DDR-Seite wurde im November 1984 vom Ministerium für Flugzeugindustrie die wissenschaftlich-technische Aufgabenstellung übergeben und gleichzeitig erklärt, daß wissenschaftlich-technische und technisch-technologische Unterstützung aufgrund fehlender Ressourcen nicht gewährt werden kann,
- aufgrund dieser Situation ist die Planmäßigkeit der Entwicklung und Überführung in die Produktion in der DDR nicht mehr gewährleistet,
- von DDR-Experten wird eingeschätzt, daß zur Realisierung des Komplexes die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Verteidigungsindustrie der UdSSR erforderlich ist; dieses Ministerium hat Zusammenarbeit ebenfalls abgelehnt.

Anlage 2

1. Objekt Jugendbanner II

- Regierungsabkommen vom 8. 4. 1982 Grundlage der DDR-Beteiligung am Bau von Objekten der Gasindustrie der UdSSR im Gesamtumfang von 169,7 Mio sowjetischen Rubeln (Valutagegenwert: 1188,7 Mio M).
Damit für Zeitraum 1986 - 1990 Erdgaslieferung von 0,7 Mio m³ an DDR gesichert.
Jährliche Gesamtlieferung von Erdgas aus UdSSR an DDR beträgt 6,5 Mrd m³.
- Zur Zeit erhebliche Rückstände an wertmäßigen Leistungen und Lieferungen der Bauorganisation der DDR an UdSSR.
Wesentliche Ursachen:
 - niedrigere Bewertung der materiellen Leistungen der DDR durch sowjetischen Kostenvoranschlag;
deshalb Zusatzprotokoll vom 7. 3. 1984: DDR erbringt Zusatzleistungen (Realisierung zusätzlicher Objekte, um Abkommen zu erfüllen); diese Objekte befinden sich bereits in Realisierung; Leistungen wurden jedoch noch nicht zahlungswirksam;
 - mit Stand 31. 12. 1984 Erfüllung Abkommen mit 72,3 Mio sowj. Rbl. (Valutagegenwert 506,2 Mio M) abgerechnet; damit müssen noch Leistungen und Lieferungen im Umfang von 97,4 Mio sowj. Rbl. (Valutagegenwert 682,2 Mio M) erbracht werden;
- Wesentliche Gründe der Gefährdung des Regierungsabkommens:
 1. erhebliche Rückstände bei der Realisierung der Objekte, vor allem bei den Gewerken im linearen Teil (Trassen-vorbereitung, Rohrschweißen, Rohrtransport, Vorstrecken u.a.) infolge extremer Witterungsbedingungen;
 2. Angebote für Lieferungen der DDR an Materialien und Ausrüstungen in Höhe von 300 Mio M als wertmäßiger Ausgleich für nicht zu erbringende objektbezogene Leistungen wurden vom sowjetischen Partner noch nicht zustimmend entschieden;
 3. Verzögerung im terminlichen Bauablauf, z.B. Erdgas-leitungsbau, Verdichterstation, wegen nicht aus-reichender materiell-technischer Voraussetzungen.

2. Erdgaslagerstätte "Jamburg"

DDR-Investitionsteilnahme zur Realisierung von Teilobjekten entsprechend den vorgegebenen zusätzlichen Erdgaslieferungen.

Erste Beratungen erfolgten in der Zeit vom 22. - 24. 1. 1985 in der UdSSR.

DDR-Investbeteiligung in Höhe von 1,14 - 1,33 Mrd. transver. Rubel - dadurch zusätzliche Erdgaslieferung ab 1988 in Höhe von ca. 3 - 3,5 Mrd. m³.

Nach Forderung der sowjetischen Seite müssen sozialistische Staaten die gesamten Rohrleitungen der Nennweite 1420 mm sowie die Bau- und Montagetechnik für den linearen Teil selbst bereitstellen (nach inoffiziellen Hinweisen müßte die DDR die Ausrüstungen im Wert von 450 Mio transv. Rbl. aus dem NSW importieren).

In der gegenwärtigen Abstimmungsrunde zum Entwurf des mehrseitigen Abkommens bestehen noch differenzierte Standpunkte der einzelnen RGW-Mitgliedsländer zu den von sowjetischer Seite unterbreiteten ökonomischen Bedingungen für die Investbeteiligung.

Das betrifft vor allem die Anwendung der sowjetischen Normen und Preise anstelle der bewährten RGW-Preise für Montageleistungen und die Verrechnung des Arbeitskräfteeinsatzes.

BStU

000141

Probleme
der Zusammenarbeit mit dem KfS der UdSSR

In der Zusammenarbeit mit dem KfS der UdSSR, die sich weiter planmäßig und kontinuierlich gestaltet, bestehen aus der Sicht der Hauptabteilung XX gegenwärtig folgende Schwerpunkte:

- Vorbereitung der politisch-operativen Sicherung der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau in Übereinstimmung mit den Festlegungen der gemeinsamen Beratung der Bruderorgane vom 8. - 11. 1. 1985 auf der Ebene der Stellvertreter der Minister;
- Vorbereitung des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, insbesondere entsprechende Aktivierung progressiver kirchlicher Kreise (u.a. Vorhaben der "Christlichen Friedenskonferenz" zur Organisierung einer Begegnung von Christen der USA, UdSSR und DDR in Torgau an der Elbe);
- Politisch-operative Sicherung der "Tage der sowjetischen Kultur" im Mai 1985 in der DDR, die von historischen Bezugnahmen auf den Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus geprägt werden, ist gewährleistet. (Weitere Maßnahmen, zum Beispiel Entsendung von Mitarbeitern des KfS, können bei Notwendigkeit festgelegt werden).
- Weitere Durchsetzung der auf der multilateralen Beratung vom 25./26. 7. 1984 vereinbarten gemeinsamen Maßnahmen gegen die subversive Tätigkeit des Vatikans (u.a. Prüfung von Möglichkeiten kompromittierender Veröffentlichungen, des Ausbaus der inoffiziellen Basis sowie der Schürung antikatholischer Stimmungen und Tendenzen in internationalen kirchlichen Zusammenschlüssen);
- Fortführung der abgestimmten Maßnahmen zur Bekämpfung der klerikalen Literaturschleusungen in die UdSSR ("Slawische Ostmission" u.a.);
- Weiterführung der vereinbarten Maßnahmen in Vorbereitung der Allchristlichen Friedensversammlung der "Christlichen Friedenskonferenz" im Juli 1985 in Prag;
- Abgestimmte Nutzung der Position der DDR im Weltverband für Psychiatrie zur Zurückdrängung antisowjetischer Tendenzen (muß noch konkret vereinbart werden).

BStU

000142

2

Darüber hinaus können die sowjetischen Freunde informiert werden, daß durch das MfS eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet werden, um erkannte Vorhaben zum engeren Zusammenschluß antisozialistischer Kräfte verschiedener sozialistischer Länder in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bruderorganen aktiv zu bekämpfen, insbesondere gemeinsame Aktivitäten von DDR-Bürgern, die sich als "unabhängige Friedensbewegung" bezeichnen mit

- "Charta 77" der CSSR

- sogenannten unabhängigen Friedenskräften und "Umweltschützern" in der UVR.

ZKG

BStU
000144

I n f o r m a t i o n

Über Aktivitäten der Feindorganisation "IGfM", Arbeitsgruppe Berlin (West) im Zusammenhang mit einem bevorstehenden Besuch der "Jungen Union" in Moskau

Inoffiziell und durch Presseveröffentlichungen wurde bekannt, daß für Mai 1985 ein Besuch einer Delegation des Landesverbandes Berlin der "Jungen Union" (CDU-Jugendorganisation) in Moskau geplant ist. Zur Delegation gehören u. a. der [REDACTED]

[REDACTED], die gleichzeitig zu den aktivsten Mitgliedern der Arbeitsgruppe Berlin (West) der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) gehören. Es handelt sich bei dem im Mai 1985 geplanten Besuch um einen Gegenbesuch, der auf Einladung des Komsomol erfolgt.

In der Zeit vom 19. 1. bis 25. 1. 1985 weilte eine Delegation des Komsomols in der Stärke von 30 Mitgliedern auf Einladung des Landesverbandes der "Jungen Union" in Berlin (West). Bereits in Vorbereitung dieses Besuches entwickelten der [REDACTED]

[REDACTED] umfangreiche Aktivitäten zur Störung und Beeinträchtigung dieses Besuches. So war u. a. geplant, die Mitglieder der Komsomoldelegation zum Verbleib in Berlin (West) zu bewegen.

Durch [REDACTED] war geplant, Mitglieder der sowjetischen Komsomoldelegation unauffällig vor Plakaten, die sich gegen die Hilfe der Sowjetunion für Afghanistan richten, zu fotografieren. Dazu waren durch [REDACTED] Bildreporter des Springer-Konzerns vorbereitet.

Im Zusammenhang mit diesem Besuch wurden für den am 25. 1. 1985 durchgeführten Empfang von der Arbeitsgruppe Berlin (West) der "IGfM" in Zusammenarbeit mit dem [REDACTED] 30 sogenannte Exilrussen, die in Berlin (West) leben, eingeladen.

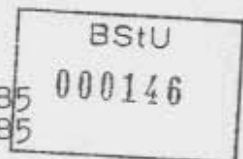
BSU
000945

Durch das konsequente und disziplinierte Auftreten der Mitglieder der sowjetischen Komsomoldelegation während des Besuchs in Berlin (West) ist es zu keinerlei Provokationen gekommen, und die vorbereiteten Aktivitäten sind fehlgeschlagen.

Weitere Informationen zu Plänen und Absichten im Zusammenhang mit den bevorstehenden Besuch der "Jungen Union" in Moskau sowie Personenauskünfte zu [REDACTED] werden erarbeitet und dem KfS übergeben.

Operativ-Technischer Sektor
Leiter

Berlin, 20. Februar 1985
428 /85



Persönlich

ZAIG
Gen. Oberst Taube

Kurze Einschätzung der Zusammenarbeit mit der Operativ-
Technischen Verwaltung des KfS der UdSSR für den Zeitraum
Mai 1984 - Februar 1985

(Telefonische Anforderung am 12. 2. 1985)

Entsprechend dem bestätigten Plan der Zusammenarbeit fand im September 1984 in Moskau die turnusmäßige Beratung der Leiter des OTS und der OTV statt.

Übereinstimmend konnte dabei festgestellt werden, daß der Plan für die Jahre 1983/84 in allen wesentlichen Punkten erfüllt werden konnte. Die stabile Zusammenarbeit in den langfristig vereinbarten Hauptrichtungen der operativ-technischen Arbeit konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Aus dem umfassenden Erfahrungs- und Informationsaustausch ergaben sich viele wertvolle Hinweise für die Lösung komplizierter operativ-technischer Aufgaben. Durch entsprechende Koordinierung konnte der Vorlauf eines Partners auf einem bestimmten Gebiet immer besser auch für den anderen nutzbar gemacht werden.

Das betrifft z. B.:

- neue Bauelemente und Technologien der Elektrotechnik/
Elektronik,
- die Bereitstellung von Rechnerprogrammen durch den sowjetischen Partnerdienst,
- die Anwendung der instrumentellen Analytik zur Aufklärung von Geheimschriftsubstanzen,
- die technische Dokumenten- und Schriftexpertise.

Aufbauend auf den erreichten Ergebnissen wurde beim Leiter-treffen der Plan der Zusammenarbeit für die Jahre 1985/86 beraten und unterzeichnet (und inzwischen vom Gen. Minister und dem Vorsitzenden des KfS bestätigt).

Er sieht vor, die Zusammenarbeit im bisherigen Umfang und auf den bisherigen Gebieten fortzusetzen. Dabei wurde übereinstimmend die Absicht bekundet, die Effektivität des Informations- und Erfahrungsaustausches weiter zu erhöhen und bei ausgewählten Themen die Kooperation zu vertiefen.

BSTU

000147

i.v. Schmidt, Oberst

Schmidt
Generalmajor

BStU
000148

Berlin, 22. März 1985

RGW-Vorhaben Bergbau- und Aufbereitungskombinat Kriwoi Rog -
Ukrainische SSR (BAK)

In Durchsetzung von Beschlüssen der Beratung der Mitglieds-
länder des RGW auf höchster Ebene im Juni 1984 sowie in Rea-
lisierung des am 20. 10. 1983 abgeschlossenen mehrseitigen
Regierungsabkommens errichtet die UdSSR mit Beteiligung der
DDR, CSSR, SRR und UVR in den Jahren 1985 bis 1990 auf dem
Territorium der Ukraine in Kriwoi Rog ein modernes Kombinat
zur Produktion von Eisenerzkonzentrat zur Deckung des Bedarfs
an eisenhaltigen Rohstoffen im RGW - ab 1990.

Der Investitionsaufwand liegt bei 2,5 bis 3,0 Mrd Rubel, wo-
von die DDR nach vorläufigen sowjetischen Berechnungen ca.
360 Mio Rubel (1,8 bis 2,0 Mrd Mark) aufzubringen hat.

Nach bisherigen Vorstellungen werden zur Errichtung des Objek-
tes durch die beteiligten sozialistischen Länder bis ca.
22 000 Arbeitskräfte zeitgleich konzentriert sein. Hinzu kommen
noch eine derzeit nicht einzuschätzende Anzahl von Spezialisten
aus dem NSW von Firmen, die mit ausgewählten Spezialleistungen
in die Errichtung einbezogen werden.

Die DDR wird in der Hauptphase des Baus 1987/88 mit ca. 5 500
bis 6 000 Arbeitskräften präsent sein.

Zur politisch-operativen Sicherung dieser Konzentration von
Werk tätigen/Bürgern der DDR in Kriwoi Rog ist - in Erfüllung
des Punktes III/5 des "Planes der Zusammenarbeit zwischen der

VI. Verwaltung des KfS der UdSSR und der Hauptabteilung XVIII des MfS der DDR" vom November 1984 - vorgesehen, mit Baubeginn einen operativen Mitarbeiter sowie 2 Sicherheitsbeauftragte (davon 1 OibE) vor Ort einzusetzen.

Die Lage bei der Vorbereitung der Investitionsbeteiligung der DDR am BAK in Kriwoi Rog weist folgende Probleme aus:

- terminliche Verzögerungen beim Abschluß des zweiseitigen Regierungsabkommens DDR - UdSSR und damit des anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung im Mai 1985 konzipierten Baubeginns am DDR-Teil infolge
 - . bisher nicht durchgeführter Arbeiten zur Baustellenerschließung (Zufahrtsstraßen, Wasser- und Stromversorgung) durch den sowjetischen Generalauftraggeber Metallurgiekombinat "F. E. Dzierzynski" Kriwoi Rog;
 - . Differenzen in den Standpunkten der DDR und UdSSR, insbesondere zum Investitionsaufwand, den ökonomischen Kennziffern, Verrechnungsmodalitäten und der Rückflußdauer/Beginn, Umfang, Preisen der künftigen Lieferungen von Eisenerzkonzentrat aus der UdSSR in die DDR, die durch weitere Verhandlungen beseitigt werden müssen.

Die seitens der DDR unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Genossen Dr. BLESSING, bzw. des stellvertretenden Ministers, Dr. DÜRING, mit den sowjetischen Verhandlungspartnern: Ministerium für Schwarzmetallurgie der UdSSR, Regierungsbeauftragter Genosse ROSENSCHTRACH, Ministerium für Außenhandel der UdSSR, Genossen PANTELEJEW, sowie Stellvertreter des Ministers, Genossen SORIN, geführten Verhandlungen erbrachten bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Annäherung der Standpunkte.

Berlin, 22. März 1985

BStU
000150

Regierungsabkommen vom 8. 4. 1982 über die Beteiligung
am Bau von Objekten der Gasindustrie der UdSSR

Vorgenanntes Regierungsabkommen bildet die Grundlage der DDR-Beteiligung am Bau von Objekten der Gasindustrie der UdSSR im Zeitraum von 1982 bis 1985 mit einem Gesamtumfang von 169,7 Mio sowjetischen Rubeln (Valutagegenwert: rund 1 187,9 Mio Mark).

Damit wird für den Zeitraum von 1986 - 1990 ein Lieferanrecht an sowjetischem Erdgas von jährlich 0,7 Mrd m³ für die DDR gesichert.

Die jährliche Gesamtlieferung von Erdgas aus der UdSSR an die DDR beträgt zur Zeit 6,5 Mrd m³.

Bei der wertmäßigen Erfüllung des Regierungsabkommens bestehen erhebliche Rückstände.

Wesentlichste Ursachen:

Wegen

- ungeklärter Bedingungen beim Abschluß des Regierungsabkommens,
- verspäteter Übergabe der Projektdokumentationen und Kostenvoranschläge durch die UdSSR an die DDR

wurden die durch die DDR zu erbringenden Lieferungen und Leistungen, entsprechend der Objektliste zum Werkvertrag, niedriger als durch die DDR kalkuliert, bewertet.

Zur wertmäßigen Erfüllung des Regierungsabkommens machte sich die Übernahme zusätzlicher Objekte in einem Wertumfang von

rund 48,8 Mio sowjetischen Rubeln (Valutagegenwert: 341,6 Mio Mark) durch die DDR erforderlich.

Dazu wurde am 7. 3. 1984 zwischen der DDR, vertreten durch

den Minister für Außenhandel, Genossen Sölle, und
den Minister für Kohle und Energie, Genossen Mitzinger,

und der UdSSR, vertreten durch

den 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel,
Genossen Komarow,

den Minister für Gasindustrie, Genossen Dinkow, und
den Minister für den Bau von Betrieben der Erdöl-
und Erdgasindustrie, Genossen Tschirskow,

ein entsprechendes Protokoll unterzeichnet.

Zu den für 1984 protokollierten Festlegungen:

- Abschluß von entsprechenden Verträgen zwischen der DDR
und der UdSSR zu den Zusatzobjekten,
- Übergabe der Projektdokumentationen und Kostenvoranschläge
für die Zusatzobjekte durch die UdSSR an die DDR,

wurden durch die UdSSR erst im Januar 1985 die notwendigen Entscheidungen für die Einordnung der Zusatzobjekte in den Werkvertrag getroffen. Für einzelne Zusatzobjekte wurden bisher noch keine Projektdokumentationen und Kostenvoranschläge an die DDR übergeben.

Die in den jetzt übergebenen Verträgen zu den Zusatzobjekten enthaltenen Terminstellungen wurden vorher nicht mit der DDR abgestimmt und sind zum Teil durch die DDR nicht realisierbar.

Die Angebote für zusätzliche Lieferungen der DDR an Materialien und Ausrüstungen (Gebäude, Betonelemente, Kabel und Freileitungen, Krananlagen, Ausrüstungen des Chemieanlagenbaus für den Untergrundgasspeicher) in einem Wertumfang von 300 Mio Mark als wertmäßigen Ausgleich für nicht termingerecht zu erbringende objektbezogene Leistungen wurden durch die UdSSR im Januar/Februar zurückgewiesen. (Offen ist noch die evtl. zusätzliche Lieferung in einem Umfang von ca. 70 Mio Mark.)

Durch die DDR wird die Leitung des gesamten Vorhabens (Baustellendirektion in der DDR - Baustellen in der UdSSR) nicht ausreichend beherrscht.

Es bestehen erhebliche Rückstände bei der Realisierung von Objekten, insbesondere in den Gewerken linearer Teil und Verdichterbau infolge von Mängeln in der technologischen Vorbereitung (Nichtbeachten der extremen Witterungsbedingungen), der nicht termingerechten Bereitstellung von Materialien und Ausrüstungen durch die DDR und durch die UdSSR sowie den nicht ausreichenden Einsatz qualifizierter Fachkader, besonders Schweißer.

Die Mängel in der technologischen Vorbereitung sind zum Teil auch auf durch fehlende Projekte und zu späte Schaffung der erforderlichen Baufreiheit durch die UdSSR notwendig gewordene Veränderungen der geplanten technologischen Abläufe zurückzuführen. Davon besonders betroffen ist die Technik, welche nicht für einen Einsatz unter extremen Witterungsbedingungen vorgesehen war.

Zur politisch-operativen Absicherung sind Mitarbeiter der Hauptabteilung XVIII auf dem Territorium der UdSSR eingesetzt:

Standort Lipezk:	Genosse Lt. Kirchner
Standort Strij:	Genosse Lt. Kirchner
Standort Tschaikowski:	Genosse Hptm. Eckhoff

Zu allen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des KfS, in deren Verantwortungsbereichen sich DDR-Baustellen befinden, sowie zur VI. Verwaltung des KfS Moskau (über Operativgruppe des MfS in Moskau) bestehen enge Verbindungen.

Es erfolgt ein gegenseitiger Informationsaustausch sowie eine Abstimmung operativer Maßnahmen und Kontrollen zu folgenden Problemen:

- operative Hinweise zu möglichen Spionagehandlungen,
- gemeinsame Kontrolle des NSW-Chef-/Montagepersonals,
- Verletzungen des Transportschemas und Aufenthaltsabkommens, besonders in den für die sowjetischen Verteidigungsindustrie bedeutsamen Gebieten,
- Austausch von Informationen zu Erscheinungen der anti-sowjetischen Hetze und des politischen Untergrundes,
- Austausch von Informationen zu kriminellen Delikten,
- Austausch von Hinweisen zu ökonomischen Problemen,
- generelle Fragen des Zusammenlebens von DDR- und SU-Bürgern.

Bei Hinweisen zu negativen Verhaltensweisen von Angehörigen der DDR-Bauorganisation erfolgt deren sofortige Rückführung in die DDR und die Information an die zuständige Diensteinheit.

Berlin, 22. März 1985

BStU
000154

Erdgasleitung Jamburg - Westgrenze der UdSSR

Die weitere Beteiligung der DDR macht sich erforderlich, um das Lieferniveau zur Sicherung des Bedarfs an sowjetischem Erdgas für die Bevölkerung und Volkswirtschaft auch nach 1990 aufrechtzuerhalten. (1990 läuft der Vertrag über die Lieferung von jährlich 3 Mrd m³ sowjetischen Erdgases aus.)

Entsprechend dem Bezugswunsch der DDR von jährlich 3 bis 3,5 Mrd m³ Erdgas ab 1991 ist im Zeitraum 1986 bis 1990 eine Investitionsbeteiligung im Gesamtumfang von 1,14 bis 1,33 Mrd transferablen Rubeln erforderlich.

Die UdSSR stellt dabei folgende Forderungen:

- Die Bereitstellung der Rohre und der erforderlichen Technik (NSW-Importe) muß durch die übrigen RGW-Länder erfolgen. Dies erfordert von der DDR NSW-Importe in einem Umfang von umgerechnet ca. 450 Mio transferablen Rubeln.
- Die Erdgasleitung muß bis Ende 1988 fertiggestellt werden. Dies übersteigt die objektiven Möglichkeiten der beteiligten Länder.
- Die Abrechnung der Lieferungen und Leistungen soll auf der Grundlage der sowjetischen Normen und Preise erfolgen. Dies erbringt Einbußen der übrigen Länder von bis zu 50 % gegenüber der Zugrundelegung von Außenhandelspreisen.

In der gegenwärtigen Abstimmungsrunde zum Entwurf des mehrseitigen Abkommens bestehen noch differenzierte Standpunkte der

einzelnen RGW-Mitgliedsländer zu den von der sowjetischen Seite unterbreiteten ökonomischen Bedingungen für die Investitionsbeteiligung.

Standpunkte der DDR:

- Die Abrechnung der erbrachten Leistungen und Lieferungen muß nach Außenhandelspreisen erfolgen.

Begründung:

Die fertiggestellten Objekte gehen in sowjetisches Eigentum über und stellen somit eindeutig einen Export der jeweiligen Länder in die UdSSR dar. Die Gaslieferungen der UdSSR in die jeweiligen RGW-Länder werden nach Außenhandelspreisen bezahlt.

- Der Fertigstellungstermin für die Leitung muß entsprechend den objektiven Möglichkeiten der Vertragspartner geplant und realisiert werden.
- Zur rechtzeitigen Einordnung der Realisierung des Vorhabens in den Volkswirtschaftsplan der DDR müssen mit dem Abschluß der Abkommen die erforderlichen ausreichenden Verbindlichkeiten und Aussagen der sowjetischen Seite vorliegen (zeitgerechte und jahresbezogene Projekte, Terminstellungen, Kostenvoranschläge).

Die gegenwärtigen Verhandlungen in Vorbereitung des Abschlusses eines mehrseitigen Abkommens zur Investitionsbeteiligung interessierter RGW-Mitgliedsländer am Bau der Erdgasleitung Jamburg - Westgrenze der UdSSR werden auf der Ebene der zentralen Planungsorgane der jeweiligen Länder geführt.

Die DDR wird dabei vertreten durch:

- | | |
|-------------------|---|
| Genossen MÖLLER | - Abteilungsleiter in der
Staatlichen Planungskommission |
| Genossen LESINSKI | - Abteilungsleiter in der
Staatlichen Planungskommission |
| Genossen MEYER | - stellvertretender Minister
für Kohle und Energie |
| Genossen SACHER | - Hauptspezialist im Ministerium
für Kohle und Energie |

Seitens der UdSSR nehmen an diesen Verhandlungen teil:

- | | |
|--------------------|--|
| Genosse FILANOWSKI | - Abteilungsleiter im zentralen
Planungsorgan der UdSSR (GOSPLAN)
- bis Februar 1985 - |
| Genosse SITARJAN | - Abteilungsleiter GOSPLAN
- seit Februar 1985 - |
| Genosse WOROW | - Abteilungsleiter GOSPLAN |
| Genosse SORIN | - stellvertretender Minister
für Außenhandel |
| Genosse KASCHIROW | - stellvertreter Minister
für Gasindustrie |
| Genosse AREKELJAN | - stellvertretender Minister
für den Bau von Betrieben der
Erdöl- und Erdgasindustrie |

SV Dynamo

BSU
000157

H i n w e i s e

für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Komitees für
Staatssicherheit der UdSSR, Genossen Armeegeneral Tschebrikow

1. Die der SV Dynamo der UdSSR vom Sportkomitee vorgegebene Quote über die Zusammenarbeit mit Bruderorganisationen in Form des Austausches von Trainern und die Durchführung von Trainingslagern wurde reduziert, so daß die Interessen einer ganzjährigen gemeinsamen Trainingsvorbereitung nicht mehr 100%ig gesichert sind.

Vorschlag:

Zur Gewährleistung einer guten Qualität der Wettkampfvorbereitung sollten die Aufenthalte zu Trainingszwecken sowohl in der DDR als auch in der UdSSR über das Ministerium für Staatssicherheit und das Komitee für Staatssicherheit als Maßnahme des jeweiligen Organs ausgewiesen werden.

2. Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Südkorea / Seoul.
3. Entscheidung über den Antrag zur Aufnahme als Mitglied der Konferenz der Bruderorganisationen der Polizeisportvereinigung der Syrischen Arabischen Republik in Budapest 1985.

I n f o r m a t i o n

Über ein Gespräch zwischen Genossen Minister und dem Vorsitzenden des Zentralrates der SV Dynamo der UdSSR - Genossen Bogdanow anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit der beiden Sportvereinigungen für den Zeitraum 1985 - 1988 in Berlin (21. 2. 1985)

Der Inhalt des Gesprächs wurde von den vor beiden Sportvereinigungen stehenden Aufgaben, die zur Erreichung von Weltspitzenleistungen zum weiteren Ausbau der Dynamo-Dominanz national und international zur Entwicklung und Unterstützung der Sportvereinigungen der Schutz- und Sicherheitsorgane in den Bruderländern sowie der national befreiten und sozialistisch orientierten Staaten Afrikas, in der Zeit von 1985 - 1988 zu lösen sind, bestimmt.

1. Die Zusammenarbeit in dem zu Ende gehenden Olympiazzyklus wurde von beiden Seiten als gut eingeschätzt.

Unter Beachtung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, entsprechend der Beschlüsse unserer Parteien und den Befehlen der Trägerorgane, ist diese in einer ehrlichen und offenen Atmosphäre auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus auf allen Gebieten weiter zu entwickeln.

Die kommunistische Erziehung, die Traditionspflege, der Erfahrungsaustausch zu trainingsmethodischen Fragen im Bereich Wissenschaft und Technik sowie auf dem Gebiet der Sportmedizin, der Durchführung gemeinsamer Trainingslager, der Austausch von Trainern sowie materiell-technischer Ausrüstungen sind zum gegenseitigen Vorteil dabei in den Mittelpunkt zu stellen.

Im direkten Kontakt sind anstehende Fragen zwischen den Leitern der Sportvereinigungen zu klären.

Die bolschewistischen Beziehungen, wie Ehrlichkeit und Parteilichkeit müssen unser Handeln bestimmen. Nirgendwo darf der Formalismus Platz ergreifen.

2. Das Sportkomitee der UdSSR hat der SV Dynamo die Quoten zur Zusammenarbeit mit Bruderorganisationen gekürzt, was sich auch negativ auf die Vorbereitung unserer Sportler der SV Dynamo der DDR in bestimmten Sportarten, wie beispielsweise im Biathlon Schneetraining, negativ auswirkt.

Genosse Minister wird mit Genossen Armeegeneral Tschebrikow sprechen, dieses Minus an notwendigen gemeinsamen Trainingslagern, gegebenenfalls über dienstliche Weisungen auszugleichen.

3. Genosse Minister schilderte die Situation in der SV Dynamo der DDR und legte dar, daß im letzten Olympiazzyklus die Leistungen der Dynamo-Sportler ungenügend waren und daß vom Präsidium der Sportvereinigung außerordentliche Kritik an der Arbeit der Leitung des Büros geübt wurde.

Erste Anzeichen sind zu erkennen, zur Verbesserung der Leistungen sowohl im Erreichen von Weltspitzenleistungen im Senioren- als auch im Juniorenbereich und in der Nachwuchsarbeit allgemein.

Noch mehr müssen die Funktionäre und Sportler nach den großen Vorbildern, wie Turnvater Jahn, Werner Seelenbinder und Feliks Dzierzynski, zur Liebe an der Sache, die Aufgaben mit Herz anzugehen, erzogen werden, zu einem sauberen Verhalten untereinander, zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

4. Wurde über die Erhaltung der olympischen Idee in der Erziehungsarbeit der Sportvereinigungen als auch in den nationalen Sportkomitees gesprochen.

Die Arbeit ist so orientiert, daß wir an den Olympischen Sommerspielen 1988 teilnehmen.

Eine erneute Nichtteilnahme schadet den sozialistischen Staaten.

Bei solchen Entscheidungen muß mehr leninistisches Talent bewiesen werden. Man muß sehr beweglich sein, keinesfalls formal an solche Fragen herangehen. Immer die Frage stellen, was bringt mehr ein?

5. Zur Entwicklung und Festigung der Konferenz der sozialistischen Bruderorganisationen.

Das Ministerium des Innern der SR Vietnam ist dabei, eine landesweite Sportvereinigung - gleichfalls mit dem Namen Dynamo - nach dem Vorbild der UdSSR und der DDR zu schaffen.

Entsprechende Schritte zur Hilfe und Unterstützung wurde durch den Zentralrat der SV Dynamo UdSSR eingeleitet.

An der Konferenz im Juni 1985 in Budapest wollen die vietnamesischen Genossen teilnehmen und den Antrag um Aufnahme als Teilnehmer stellen.

Dem wird von Seiten der DDR zugestimmt.

Die Sportvereinigung der Schutz- und Sicherheitsorgane von Angola, ebenfalls landesweit organisiert, hat im Juni 1984 an der Konferenz in Warschau als Beobachter teilgenommen und den Antrag zur Aufnahme für 1985 gestellt.

Dynamo der DDR als auch UdSSR wird diesem Antrag zustimmen.

Ausgehend von der Lage in Mocambique, die ja bereits seit 1984 Mitglied der Konferenz sind, ist mit den anderen Bruderorganisationen in Vorbereitung der 85er Konferenz und zur Konferenz selbst, außer mit Rumänien, durch Genossen Bogdanow und Pommer zu sprechen, um unseren Einfluß und die

Hilfe gegenüber der SV Estrela Vermelha zu verstärken, um so mit zur Stabilisierung im Inneren beizutragen.

Zu den Bestrebungen der Polizeisportvereinigung der Syrischen Arabischen Republik, Mitglied der Konferenz zu werden, bestehen von Seiten der DDR große Bedenken, da die Haltung der Führung des Staates noch nicht erkennen läßt, wie sich die Entwicklung weiterhin vollzieht. Es gibt z. Zt. noch zu große Unsicherheiten.

Eine Analogie als nachzuvollziehender Schritt der SV Dynamo gegenüber SKDA ist nicht angebracht.

Zu diesem Punkt wird sich Genosse Minister mit Genossen Armeegeneral Tschebrikow im März beraten.

6. Die Freundschaftsdelegation der UdSSR wird im März aus Anlaß des 35. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und den 40. Jahrestag der Deutschen Volkspolizei in Berlin empfangen und wird zu einem weiteren Höhepunkt der Demonstration der Waffenbrüderschaft unserer Trägerorgane in Vorbereitung auf diese Jubiläen.

Von sowjetischer Seite wurde eine dem Anliegen entsprechende Zusammensetzung der Delegation zugesichert.

Es werden ehemalige Olympiasieger, Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg sowie noch aktive Sportler in dieser Delegation sein.

Geleitet wird sie vom Genossen Generalmajor Skunditsch, Vorsitzender des Zentralrates der SV Dynamo Belorußland.

Im Gespräch zwischen Genossen Heinze, Vizepräsident des DTSB der DDR und Genossen Bogdanow, wurde dieser Delegation große Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Vom Büro der Zentralen Leitung werden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um diesen Höhepunkt in der SV Dynamo im Sport-Echo die notwendige Beachtung zu schenken.

7. Genosse Bogdanow bestätigt die Einschätzung über die Zusammenarbeit der beiden Sportvereinigungen des Genossen Ministers.

Er ist einverstanden, die Präsenz der SV Dynamo gegenüber dem Sportkomitee zu erhöhen und darauf zu wirken, daß sich die Zusammenarbeit mit dem DTSB der DDR wieder normalisiert.

Genosse Bogdanow informierte über das Dezemberplenium 1984 des Sportkomitees der UdSSR, in dem allen Sportlern die Pflicht auferlegt wurde, sich umfassend auf die Olympischen Spiele vorzubereiten.

Die Orientierung in der SV Dynamo ist mit unserer Auffassung deckungsgleich.

Genosse Bogdanow berichtete über seinen Aufenthalt in der SR Vietnam zur Vorbereitung der Gründung der SV Dynamo sowie über die Haltung des Zentralrates zu den Bemühungen Syriens um Aufnahme als Mitglied der Konferenz und unterstützte den Vorschlag des Genossen Minister, mit Genossen Tschebrikow zu sprechen.

Genosse Bogdanow bedankte sich für dieses informative Gespräch und übermittelte Kampfesgrüße des Genossen Armeegeneral Tschebrikow.

BStU

000163 6

Das Gespräch wurde auf brüderlicher Basis in tschekistischer
Offenheit und Konsequenz geführt.

Weiter hat am Gespräch der Genosse Oberst Kempe, Stellv.
Leiter der Abteilung X, teilgenommen.

Das Gespräch fand in der Zeit von 16.25 - 17.50 Uhr statt.

Pommer
Pommer
Generalmajor

HVA / SWT

BStU
000164

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-
technischen Aufklärung

Es wird vorgeschlagen, daß der Genosse Minister folgende Probleme anspricht:

- Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung hat sich weiter verbessert. Der beiderseitige Informationsbedarf wurde konkretisiert und ausgetauscht.

Es wird vorgeschlagen, den Dank auszusprechen für die hohe Wertschätzung des vom Genossen Minister im Mai 1984 dem Genossen Tschebrikow übergebenen Informationsgeschenkes.

- Das dem Genossen Minister anlässlich der Beratung im Mai 1984 übergebene Informationsgeschenk des KfS erhielt durch unsere Industrie eine hohe Wertschätzung. Die detaillierte Einschätzung hierzu wird als Anlage beigefügt. Es wird vorgeschlagen, dafür den Dank auszusprechen.
- Weiter wird vorgeschlagen, den Dank für die Bereitstellung der Dokumentation zur Herstellung von Chromsubstraten auszusprechen. Einschätzung dazu siehe Anlage.

Es wird gebeten, die Genossen auf die Erfüllung des noch ausstehenden Fragenkomplexes, der dem KfS im Januar 1985 übermittelt wurde, hinzuweisen.

Wir halten es für wichtig, daß - ausgehend von diesem Beispiel - auf die Notwendigkeit der Unterstützung bei ähnlichen, für die Volkswirtschaft bedeutenden Komplexen für beide Seiten - hingewiesen wird.

- Entsprechend der Festlegungen der Warschauer Vertragsstaaten ist die DDR zur Forschung auf einigen Gebieten der Militärtechnik verpflichtet.

Zur bilateralen Beratung mit den sowjetischen Genossen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Aufklärung im November 1984 wurde diese Problematik besprochen und unser Informationsbedarf übergeben.

Es wird gebeten, daß durch den Genossen Minister auf die Bedeutung dieser Informationen für uns hingewiesen wird. Der den sowjetischen Genossen vorliegende Informationsbedarf wird durch uns laufend konkretisiert.

BSU
000165

ERGÄNZUNG zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
wissenschaftlich-technischen Aufklärung

Ausgehend von dem Gespräch des Genossen Minister mit Genossen Günter MITTAG wurde in der DDR die Entwicklung der "Digitalen Vermittlungstechnik" auf der Basis operativ beschaffter Entwicklungsdokumentationen als militärtechnisch zu lösende Aufgabe eingeordnet (LVO).

*7) Die an das KfS bisher zu dieser Thematik übergebenen operativ beschafften Unterlagen erhielten von der sowjetischen Seite eine hohe Wertschätzung.

Es wird gebeten, daß durch Genossen Minister darauf hingewiesen wird, daß die Entwicklungsaufgaben zum USA-Vorbildsystem "streng geheim" zu behandeln sind und eine Reaktion seitens des KfS auf die angebotene Zusammenarbeit zu diesem militärisch bedeutsamen Gebiet erfolgt.

Problematik

Übergabe von Archivbeständen aus der Zeit des Faschismus, die auf dem Territorium der VR Polen lagern, an die DDR

Im Jahre 1975 wurde im Zusammenhang mit der Übergabe von Kulturgütern für das wiederaufgebaute Warschauer Schloß in einem Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und dem damaligen 1. Sekretär des ZK der PVAP, E. GIEREK, von polnischer Seite die Zusage gemacht zu prüfen, welche Archivbestände aus der Zeit des Faschismus, die auf dem Territorium der VR Polen lagern, der DDR zur entsprechenden Auswertung und Nutzung übergeben werden könnten.

Trotz mehrmaliger Rücksprachen auf verschiedener Ebene von Partei und Regierung (u.a. während der Arbeitsgespräche zwischen Genossen Minister MIELKE und dem Minister des Innern der VR Polen, Gen. KISZCZAK, am 18. 5. 1983 in Berlin) wurde stets immer wieder darauf verwiesen, daß dazu noch die entsprechenden Entscheidungen zu treffen seien.

Im Zusammenhang mit der in der westlichen Presse ("Morgenpost" vom 13. 1. 1985) veröffentlichten Meldung, daß das Pressearchiv des faschistischen Propagandaministers, J. GOEBBELS, im Besitz des "Westinstituts" in Poznan sein solle - diese Meldung wurde zwischenzeitlich von polnischer Seite bestätigt - ist vorgesehen, zwei Mitarbeiter des MfS (Vertreter der HA IX und der Abt. X) nach Warschau zu entsenden, um

- einen Überblick über die in der VR Polen lagernden Materialien des Pressearchivs von Goebbels zu erarbeiten;
- bei den polnischen Sicherheitsorganen nochmals die Gesamtproblematik der Übergabe von Archivbeständen aus der Zeit des Faschismus anzusprechen.

f

m

kung: Wie
wie es ist.
senats sind
rückzufüh-
sozialdemo-

erwiegende
se des der-
hezu allen

okraten als
Fahlen her-
die Anstren-
die Fehler
von der Re-
sorrigieren.
nur zweiter
dem CDU-
mentarisch
Opfen, bis
igt, die so-
stellungen
berücksich

derzeitigen
angel an so-
ne sie muß
Stadt mit-
en. Die So-
tschlossen
ch immer-
zu sorgen,
ats um die
Dimension

digen Stadt
gkeit - das
eigebracht,
PD.



Demonstranten in Noumea, der Hauptstadt Neukaledoniens, vor einem brennend

Goebbels-Archiv lagert in Posener Institut

Gö. Düsseldorf, 13. Jan.

Das Pressearchiv des nationalsozialistischen Propagandaministers Joseph Goebbels befindet sich im „Westinstitut“ der Stadt Posen (Polen). Das teilte die parteiamtliche Warschauer Wochenzeitung „Polityka“ jetzt mit. Das Blatt fordert die polnischen Historiker auf, das Archiv endlich auszuwerten.

Goebbels Pressearchiv umfaßt laut „Polityka“ 1692 Aktenordner. Am interessantesten seien wohl die parteiinternen Anleitungen des Propagandaministers und die Bulletins „zur weltanschaulichen Lage“ aus den Jahren 1935 bis 1942. Nicht weniger interessant seien auch die gesammelten Jahrgänge der in Paris gedruckten „Deutschen Informationen“ sowie Artikel über ideologisch-agitatorische Arbeit. Außerdem habe Goebbels Jahrgänge jüdischer Zeitungen und Nachrichtenagenturen sammeln lassen.

Wie das Archiv, laut „Polityka“ eine „Raritätensammlung erster Güte“, nach Polen gelangte, wisse man nicht. 1953 sei es zuerst im Warschauer „Institut für internationale Fragen“ aufgetaucht, dann in der „Felix Dzierzynski-Akademie für politische Wissenschaften der polnischen Volksarmee“. Schließlich wurde es dem Westinstitut in Posen übergeben.

Drei Tote bei Unruhen in Neukaledonien

dpa Noumea, 13. Jan.

Die Bemühungen der französischen Regierung, das Pazifikterritorium Neukaledonien friedlich zur Unabhängigkeit zu führen, haben am Wochenende einen schweren Rückschlag erlitten. Der Hochkommissar der Regierung, Edgard Pisani, verhängte gestern den Ausnahmezustand, nachdem die Ermordung eines jungen Europäers neue Unruhen ausgelöst hatte und der prominente Separatistenführer Eloi Machoro von der Polizei erschossen wurde.

Nach dem Tod Machoros kündigte der Chef der separatistischen Kanakisch Sozialistischen Befreiungsfront (FLNKS), Jean-Marie Tjibaou, die Bereitschaft auf, weiter über Pisanis Vorschlag einer Volksabstimmung über die Unabhängigkeit zu reden. Er bezeichnete den Tod Machoros, der zu den radikalen Separatisten gerechnet wurde und ihrer „provisorischen Regierung“ als Minister für Sicherheit angehörte, als Mord und forderte, den Kanaken sofort die „Souveränität über ihr Land“ zu geben.

Machoro war gestern früh zusammen mit einem zweiten Separatisten im Westen der Insel getötet worden. Die Sicherheitskräfte, darunter Anti-Terror-Spezialisten,

wollten nach einer Gruppe von Kanaken zogen, die eine Forderung bedrohten. Dabei wurden ein Mann und ein Weibchen getötet. Die anderen wurden verletzt.

Der Tod Machoros, der ein Mitglied der FLNKS war, löste Unruhen aus, die die Unabhängigkeit der Insel gefährden. Die französische Regierung hat die Unruhen in Neukaledonien als „eine Krise“ bezeichnet.

Die Stadt Noumea hat eine heftige Zusammenstöße zwischen Polizei und Unruhenhändlern erlebt. Die Unruhenhändler haben mehrere Häuser zerstört.

Die französische Regierung hat gestern eine Sitzung der Sicherheitskräfte einberufen, die von 1000 Polizisten besetzt ist.

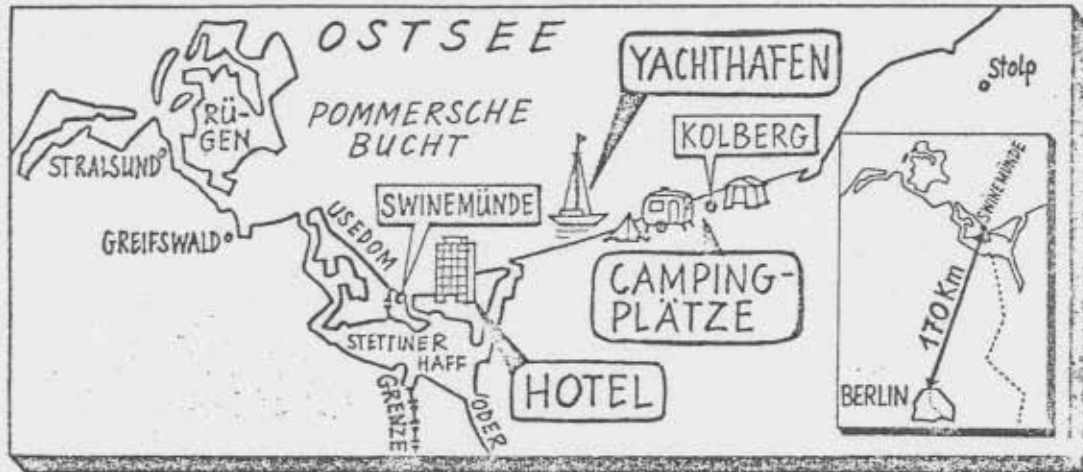
US-Star
stein/konnen

Berlin baut ein Ferien-Paradies in Swinemünde

BStU
000169

BZ

8.3.
8T



Senator Pieroth

Dazu kommen noch drei Campingplätze bei Kolberg und ein Yachthafen für die Berliner Sealer an der Ostseeküste – Senator Pieroth sucht Geldgeber, die alle drei Projekte bauen und dann betreiben.

Berlin, 8. März mac
Ein Hotel, ein Campingplatz,
ein Yachthafen: Diese drei
Großprojekte will Berlin an
der Pommerschen Ostseekü-
ste bauen.
Wirtschaftssenator Elmar
Pieroth lüftete jetzt ein streng-
gehaltetes Geheimnis: Seit an-
derthalb Jahren hat er mit Po-
len über mehr touristische
Möglichkeiten verhandelt.
Jetzt auf der ITB gaben seine
Gesprächspartner Grünes
Licht.
Die drei Projekte sind:
● Bei Swinemünde wird ein

Hotel für Berliner und west-
deutsche Urlauber errichtet.
● In der Nähe von Kolberg
entstehen drei Campingplätze
mit allen sanitären Einrichtun-
gen und Einkaufsmöglichkei-
ten.
● Irgendwo an der Pommer-
schen Küste wird ein Yachthaf-
en gebaut.
Wirtschaftssenator Elmar
Pieroth zur „BZ“: „Unsere Auf-
gabe wird es sein, Finanziers
zu suchen, die diese drei Ein-
richtungen bauen und betrei-
ben. Mitte Juni soll auf der
Posener Messe abschließend

verhandelt werden.“
Pieroth kündigte an: Ich werde
die deutsche Verhandlungsde-
legation leiten.
Elmar Pieroth, der mit dem
stellvertretenden Minister für
Tourismus aus Warschau, Jan
Pawlak, verhandelt hat, be-
richtete, wie er auf die Idee
der drei Polen-Projekte kam:
„Ich war im September 1983
mit einem Wohnwagen in Pom-
mern unterwegs. Ich habe die
Schönheit des Landes kennen-
gelernt – die Einsamkeit, die
Dünen, die Ostsee, den wei-
ßen Strand und das saubere
Wasser. Und alles liegt nur
drei Stunden von Berlin ent-
fernt. Es wäre ein Gewinn für
die Berliner, und es nutzt auch
den Polen. Denn es ist immer
gut, wenn noch mehr menschi-
che Begegnungen stattfinden.“
Wann können die ersten Ber-
liner in einem der geplanten
Ferienggebiete Urlaub
machen?
Pieroth: „Im Sommer 1986 müßte
der Campingplatz eigentlich fertig
sein. Hotel und Yachthafen dauern
etwas länger.“
Der Wunsch nach einem Yachthaf-
en war seit vielen Jahren von Ber-
liner Seglern an die polnische Re-
gierung gerichtet worden.
Pieroth: Die Verwirklichung dieser
Vorhaben ist ein wichtiger Beitrag
zur gegenseitigen Verständigung
der beiden Völker.



Edmund Wronski

Wir bilden mehr aus!

Berlin, 8. März
Die Berliner Ei-
genbetriebe wer-
den im kommen-
den Jahr mehr Ju-
gendliche ausbil-
den. Im vergan-
genen Jahr gab
es hier 883 Lehrlin-
ge. Ende dieses
Jahres werden es
1975 sein. Darun-
ter 18 Jugendliche
im neuen Ausbil-
dungsberuf des
Ver- und Entsor-
gers. Das sagt Ar-
beitsminister
Wronski.

Für Susanne kann es gar nicht flott genug gehen

Susanne liebt die Eisen-
bahn. Sie fuhr schon mit
dem schnellsten französi-
schen Eisenbahnzug von
Paris nach Lyon. Der TGV
(Train à Grande Vitesse)
kann eine Spitzenge-
schwindigkeit von 270
Stundenkilometern errei-
chen. Ihr Traum ist eine

Fahrt mit dem ICE (Inter-
City-Experimental) der
Deutschen Bundesbahn.
Der ICE wird im Herbst 1985
anlässlich des 150jährigen
Bestehens der Deutschen
Eisenbahn vorgestellt. Er
soll mit einer Höchstge-
schwindigkeit von 350
Stundenkilometern fahren.

Die 24-Stunden-
Polster-
möbel mit **Verwandelbar**